

Noch nicht genehmigt!



EINWOHNERRAT

Protokoll

der 26. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

Sitzungsdatum:	9. September 2026
Sitzungsort:	Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer:	18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Tim Söllick, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident
Andreas Bammatter
Biljana Grasarevic
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Jonas Stettler, Jurist

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Kornel Bay, Lea Blattner, Lea Butscher,
Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Pa-
ganoni, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imober-
dorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Hanna
Kirchhofer, Niklaus Morat, Nicole Morellini, Laura Neuhaus, Anja O-
ser, Urs Poživil, Alfred Rellstab, Lucca Schulz, Louis Seifried, Tim Söl-
lick, Romina Stefanizzi, Tobias Stöcklin, Iracema Tirant, Simon Trink-
ler, Henry Vogt, Jörg Waldner, Olivier Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Dominik Baumgartner, Matthias Häuptli, Patrick Kneubühler, Corinne
Probst, Philipp Reck, Florian Spiegel

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.05 Uhr 21 Anwesende = 22
18.07 Uhr 33 Anwesende = 22
18.15 Uhr 34 Anwesende = 23
19.40 Uhr 33 Anwesende = 22

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)
Wahlvorschlag: Johnny Steiner Geschäft 4848
2. Bericht des Gemeinderats vom 17.12.2025, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 23.4.2026, betreffend **Reglement über die frühe Förderung und die frühe Sprachförderung**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4801 / A
3. Bericht des Gemeinderats vom 18.3.2026, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 26.5.2026, betreffend **Totalrevision Reglement über Beiträge an die Pflege und Betreuung zu Hause**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4815 / A
4. Bericht des Gemeinderats vom 10.6.2026, zum Postulat von Noëmi Feitsma-Wirz und Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion, vom 2.9.2025, betreffend **Betriebliche Sozialberatung für Angestellte der Primarstufe Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4800 / A
5. Interpellation von Martin Imoberdorf und Alex Beer, SP-Fraktion, vom 11.9.2022, betreffend **Neugestaltung Dorfplatz Allschwil**
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4633 / A
6. Interpellation von René Amstutz, Grüne, vom 17.1.2025, betreffend **Winterdienst auf Trottoirs – Aufgabe der Gemeinde?**
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4769 / A
7. Interpellation von Melanie Butz und Tobias Stöcklin, die Mitte-Fraktion, vom 24.8.2025, betreffend **Zukunft des Wasserturms Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4797 / A
8. Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 14.4.2026, betreffend **Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Gemeindeverwaltung Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4830 / A
9. Interpellation von Matthieu Dobler Paganoni, SP, vom 14.4.2026, betreffend **Häusliche Gewalt – Prävention, Früherkennung und Unterstützung in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4831 / A
10. Interpellation von Matthieu Dobler Paganoni, SP, vom 17.5.2026, betreffend **Schutzkonzepte und Prävention in Allschwiler Kinderbetreuungsangeboten**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4844/ A
11. Interpellation von Nicole Morellini, Grüne, vom 18.5.2026, betreffend **Beschattung Sportplatz im Brüel**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4846 / A
12. Interpellation von Nicole Morellini, Grüne, vom 18.5.2026, betreffend **Begegnungszonen in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4847 / A
13. Interpellation von Simon Trinkler, Grüne, vom 16.6.2026, betreffend **Nachhaltige und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung von Grünflächen**
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4858 / A

14. Postulat von Matthieu Dobler Paganoni, SP, und Simon Trinkler, Grüne, vom 31.10.2025, betreffend **Spielplatz Neuallschwil**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4807
15. Postulat von Matthieu Dobler Paganoni, SP, vom 14.4.2026, betreffend **Regelmässige Bevölkerungsumfrage**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4832
16. Postulat von Lea Butscher und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 20.5.2026, betreffend **Hallenbad attraktiver gestalten 1 – Halbjahresabo**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4850
17. Postulat von Lea Butscher und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 20.5.2026, betreffend **Hallenbad attraktiver gestalten 2 – Gebühren**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4851
18. Postulat von Lea Butscher und Lucca Schulz, SP-Fraktion, vom 20.5.2026, betreffend **Hallenbad attraktiver gestalten 3 – Öffnungszeiten**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4852
19. Motion von Matthieu Dobler Paganoni, SP, und Simon Trinkler, Grüne, vom 16.6.2026, betreffend **Aufwertung des Spielplatzes Lindenplatz: Qualitativ nachhaltiges, zeitgemässes Spielangebot für Kinder**
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme als Postulat
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4857

Nach der Pause:

- Info-Fenster des Gemeinderats
- Fragestunde

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 25 vom 17. Juni 2026

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Tim Söllick

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Tim Söllick, Präsident: Guten Abend, meine lieben Einwohnerräte, ich hoffe, ihr hattet einen guten Sommer und seid gestärkt wieder ins neue Legislaturjahr zurück. Ich freue mich sehr auf die weiteren Sitzungen. Ich begrüsse ausserdem die Presse und die Zuschauer hier. Ich wollte kurz darüber hinweggehen, wer sich entschuldigt hat: Florian Spiegel, Dominik Baumgartner, Philipp Reck, Corinne Probst, Matthias Häuptli, Patrick Kneubühler und ausserdem Gemeinderat Robert Vogt. Verspätet ist Stephan Wolf und Laura Neuhaus, so weit ich weiss. Dann fangen wir mal mit der Präsenzkontrolle an, bitte! – Okay, herzlichen Dank.

Wir wollen als erstes Johnny Steiner begrüssen. Das ist hier seine erste Sitzung als Nachrückenden für Nico Jonasch. Johnny, herzlich willkommen. Ich hoffe, wir werden viele, gute Sitzungen zusammen haben.

Wie üblich, bitte den Sitzungssaal nach der Sitzung zügig verlassen, damit der Abwart hier abschliessen kann. Dann können die Diskussionen draussen weitergeführt werden.

Ich komme jetzt zu den dringlichen Interpellationen: Bei mir ist keine eingegangen.

Es gibt aber ein **dringliches Postulat**. Es kommt von Hanna Kirchhofer und Christian Jucker. Es ist das

- **Geschäft 4865**, dringliches Postulat: **Dauerhafte, direkte Tramverbindung Allschwil-Markthalle-SBB, Anpassung Linienführung Linie 6.**

Ich würde gerne Hanna oder Christian auffordern, dass sie die Dringlichkeit erklären. Hanna Kirchhofer, bitte!

Hanna Kirchhofer, GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Vielen Dank. Das mache ich sehr gerne. Vielleicht ganz kurz noch zum Anliegen als solches: Wir haben es über die Fraktionspräsidien allen zukommen lassen, aber einfach in der Kürze. Das Anliegen, das wir haben, ist folgendes: Wir möchten, dass der Gemeinderat beauftragt wird, mit eben diesem Anliegen in Kontakt zu treten, damit eine dauerhafte, direkte Anbindung des 6ers von Allschwil direkt an den Bahnhof möglich ist. In Kontakt zu treten sowohl mit dem Kanton Basel-Landschaft als auch mit Basel-Stadt und der BVB. Wir sehen, dass es eine Forderung und ein Anliegen aus der Bevölkerung ist. Es besteht bereits eine Petition, die von 200 Leuten unterzeichnet wurde: die Tramanbindung, welche im Moment aufgrund der aktuellen Baustellensituation auf diese Weise von Allschwil direkt zur Markthalle und zum Bahnhof geführt wird. Aufgrund dessen sehen wir die Situation so, dass es ein Anliegen von der Bevölkerung in Allschwil ist, von den Pendlerinnen und Pendlern, und möchten deshalb, dass diese Forderung aus Allschwil auch entsprechend vom Gemeinderat eingebracht wird.

Es ist uns bewusst, dass die konkrete Umsetzung, auch die Kompetenz, nicht bei uns liegt, aber es ist ein Anliegen und im Interesse der Bevölkerung, und wir sind der Ansicht und hoffen auch, dass es hier einen politischen Rückhalt hat, und sie überwiesen wird. Denn, wenn nur Anliegen und Interessen auch deponiert werden, werden wir gehört. Entsprechend kann es zu einer Umsetzung kommen. Deshalb sagen wir inhaltlich, dass der Gemeinderat beauftragt werden soll.

Weshalb die Dringlichkeit? Interessen sollen auch immer rechtzeitig und dann, wenn sich die Gelegenheit ergibt, vorgebracht werden. Wie zuvor erwähnt, zeigt die momentane Situation praktisch, dass ohne Umsteigen eine zuverlässige Anbindung an den Bahnhof möglich ist. Gegenwärtig läuft die sogenannte Online-Mitwirkung zur Liniennetzoptimierung, welche in die Tramliniennetznutzung 2027 einfließen soll. D. h., die Mitwirkungsfrist läuft noch bis 25. September. Das ist ein Zeitfenster für eben die offene Mitgestaltung. Gemäss unserer Information gab es noch keine Kundgebung, dass die Anliegen aus Allschwil direkt über den Gemeinderat deponiert werden. Deshalb die Dringlichkeit, die sich aus der Frist der Online-Mitwirkung ergibt, eben diese Gelegenheit, dazu aufzufordern, die Anliegen zu deponieren. Aufgrund dessen, wenn es deponiert werden kann, kann es auch in diese Tramnetzgestaltung für 2027 einfließen. Daher dies so zusammengefasst: das Anliegen, welches wir mit dem Postulat sehen, und die Dringlichkeit, die auch bereits im Postulat so begründet wird. Vielen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Herzlichen Dank. Gibt es dazu Meinungsäusserungen? Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Vorab: Der Gemeinderat hat dieses Geschäft heute Nachmittag besprochen, und er ist für die Dringlichkeit.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Lucca Schulz, bitte!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Die SP-Fraktion ist in der wohl grossen Mehrheit sowohl gegen die Dringlichkeit als auch gegen das Postulat als solches. Dies begründet auch, weshalb wir gegen die Dringlichkeit sind: Weil es inkonsequent wäre, für die Dringlichkeit und danach trotzdem dafür zu sein, das Postulat abzuschreiben oder nicht überweisen zu wollen. Weil es hier nun noch nicht um die inhaltliche Diskussion geht, einfach ein paar Stichworte, weshalb wir es inhaltlich nicht voll unterstützen können: Erstens einmal müssten durch diese Änderung Tramhaltestellen aufgehoben werden. Dies ist offensichtlich nicht das Ziel des Kantons Basel-Stadt, steht bereits auf der Website. Zweitens denken wir, dass man in einem grösseren Verbund denken muss, und auch berücksichtigen, welche Anschlüsse es zum Bahnhof gibt, und dass das Postulat dann eventuell sogar dazu führen würde, dass andere Anschlüsse wie der 8er-Anschluss oder die S-Bahn Morgartenring nicht mehr mit dem nötigen Druck weiterverfolgt werden können. Soviel in Kürze, weshalb wir der Dringlichkeit mehrheitlich nicht zustimmen werden.

Tim Söllick, Präsident: Gibt es weitere Meinungsäusserungen? Henry Vogt, bitte!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Bei uns ist das Ganze etwas gespalten. Einerseits – ich weiss nicht, ob es immer noch so ist – gab es bekanntlich früher ein Träml, welches an den Bahnhof fuhr. Andererseits, wenn man jetzt die heutige Situation betrachtet, in der das 6er-Tram doch dort durchfährt, haben wir an der Pauluskirche doch ein grosses Durcheinander, weil wir viel mehr Verkehr mit Trams haben, d. h., es bleiben mehr Autos stehen, wir haben eine grosse Verlängerung der Rotphasen und weiss nicht, was alles. Andererseits gehe ich nicht davon aus, dass Basel-Stadt einfach die ganze Strecke in der Austrasse, die sie jetzt gerade neu gebaut hat, einfach aufgibt, damit wir dann zum Bahnhof gelangen. So weit trotzdem, trotz Stimmfreigabe würde ich sagen, sind wir eigentlich dafür, dass wir die Dringlichkeit durchgeben. Aus dem einfachen Grund: Vielleicht gibt es andere Wege, obwohl auch der Bus zum Bahnhof fährt, dass vielleicht zu den Stosszeiten das eine oder andere Tram dort durchführt. Das wäre doch eine Möglichkeit, die man sich überlegen könnte. Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Wenn es nun keine weiteren Meinungsäusserungen mehr gibt, kommen wir zur **Abstimmung**. Für die Dringlichkeit braucht es eine 2/3-Mehrheit. Wer für die **Dringlichkeit** ist, der soll bitte jetzt seine Karte heben. Wer dagegen ist, bitte jetzt! Enthaltungen? Vielen Dank.

://:

Für Ja haben 21 gestimmt, für Nein 9, 3 Enthaltungen.

Die 2/3-Mehrheit wäre bei 22 gelegen. Damit ist die **Dringlichkeit abgelehnt**.

Das heisst, der Antrag wird als normales Traktandum an der nächsten Sitzung kommen. Vielen Dank.

Es wurden nun noch ein paar weitere **Vorstösse** eingereicht. Ich lese sie mal kurz vor.

- Geschäft 4861, **Interpellation** von Nicole Morellini, **Gesamtstrategie zur Klimaanpassung in Allschwil**
- Geschäft 4862, **Interpellation** von Nicole Morellini von den Grünen, **Klimaschutz in Allschwil**
- Geschäft 4863, **Interpellation** von Matthieu Dobler Paganoni von der SP, **Versiegelung, Entsiegelung und Klimaresilienz in Allschwil**
- Geschäft 4864, **Postulat** von Matthieu Dobler Paganoni von der SP, **Carsharing für eine flächeneffiziente Mobilität in Allschwil**

- Geschäft 4866, **Motion** von Hanna Kirchhofer und Christian Jucker von den Grünliberalen, **Hitzeschutz in den Allschwiler Primarschulhäusern, Kindergärten und in der Musikschule**

Dann gab es heute Abend noch eine

- **Interpellation** von Nicole Morellini von den Grünen, die hat noch keine Geschäftsnummer, **untragbare Tigermückensituation in Allschwil**

Möchte sich einer der Motionäre dazu äussern? Das scheint nicht der Fall zu sein. Das heisst, sie werden dann in den nächsten Sitzungen traktandiert. Vielen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Wir kommen zur **Bereinigung der Traktandenliste**. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich habe nun eine Anfrage an den Einwohnerrat: Gibt es dazu Änderungswünsche? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit stelle ich fest, dass die **Traktandenliste** in der momentan vorliegenden Version **genehmigt** ist. D. h., wir kommen gleich zum ersten Punkt der Traktandenliste.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)
Wahlvorschlag: Johnny Steiner, Geschäft 4848

Tim Söllick, Präsident: Gibt es allfällige, andere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Auch das ist nicht der Fall. Damit ist **Johnny Steiner** in stiller Wahl **gewählt**. Herzlichen Glückwunsch dazu. Wir kommen zum zweiten Traktandenpunkt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderats vom 17.12.2025, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 23.4.2026, betreffend Reglement über die frühe Förderung und die frühe Sprachförderung, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4801 / A

Tim Söllick, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat an: Gibt es neue Aspekte, bevor wir die 2. Lesung starten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit gehen wir zur 2. Lesung des Reglements über die frühe Förderung und die frühe Sprachförderung. Es wird so verlaufen, dass die 2. Vizepräsidentin bitte die einzelnen Paragraphen aufruft und dann der 1. Vizepräsident durch die Diskussion führt. Vielen Dank.

Reglement über frühe Sprachförderung Seite 1

I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1 Zweck Seite 1

keine Wortmeldung

§ 2 Definitionen Seite 2

keine Wortmeldung

§ 3 Ziele Seite 3

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Oh, Entschuldigung, Anja Oser!

Anja Oser, SP-Fraktion: Danke vielmals. Geschätzter Präsident, Rat und auch Anwesende. Ich würde zuallererst noch der Verwaltung ein grosses Dankeschön aussprechen, dass sie der KKS die neu überarbeiteten Synopsen mit der neuen Gliederung so schnell zukommen liess. Damit es nicht wie letztes Mal solch ein Chaos gibt, sollte das so hoffentlich vermieden werden.

An den vergangenen zwei Sitzungen wurde uns klar, dass ein grosser Teil der Fraktionen hier im Rat die allgemeine Frühförderung explizit nicht in diesem Kontext des Reglements sehen möchte, obwohl unserer Meinung nach die Sprachförderung ohnehin Teil der Frühförderung ist. Dies bedauern wir in besonderem Masse. Die SP hätte gerne daran festgehalten und würde es, eingebunden in das Reglement, nach wie vor als nachhaltige Investition sehen. Wir nehmen es aber zur Kenntnis und haben dementsprechend **zwei Anträge gestellt**. Der erste nun hier zu diesem Paragraphen, damit es auch Erfolgchancen hat.

Der **erste Antrag** hat die SP eingereicht, um den Vorschlag der KKS zu ergänzen. Er spiegelt eigentlich die Voten der letzten Sitzung wider, in der klar gesagt wurde, wie wichtig es für die Kinder in diesem Alter ist, dass sie voneinander lernen können, und es daher die sprachliche Durchmischung benötigt. Diese Aussage wurde auch von anderen Fraktionen hier im Rat unterstützt und geteilt. Der Antrag nimmt also die soziale und sprachliche Durchmischung der Kinder ausdrücklich als Ziel der Frühsprachförderung auf und setzt damit auch ein Zeichen für die Institutionen, dass eine Durchmischung erreicht werden soll. Auch wenn sie schlussendlich die Verantwortung dafür selbst übernehmen, was bekanntlich hier im Rat auch gewünscht wurde. Damit die Sprachfördergruppe sowohl die Integration fördert, die genau genommen ein Teilziel der Sprachförderung ist und einer frühen Trennung der Kinder entgegenwirkt, benötigt es unserer Meinung nach diese Ergänzung des Reglements, welche die Grundausrichtung nicht verändert und trotzdem ein klares Zeichen setzt. Danke, das wär's.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es dazu Meinungsäusserungen? Wenn nicht, kommen wir gleich zur **Abstimmung** zu diesem **Antrag**. Also beantragt die **SP**, unter § 3, Ziele, Folgendes zu ergänzen:

- c. Eine ausgewogene, soziale und sprachliche Durchmischung der Kinder ist bei der frühen Sprachförderung anzustreben.*

Möchte sich die Kommissionspräsidentin noch äussern? Okay, anscheinend nicht. Also bitte, wer dafür ist, den Antrag, so wie die SP ihn formuliert hat, anzunehmen, der sollte jetzt den Zettel heben. Wer dagegen ist, bitte jetzt! Enthaltungen?

://:

Der **Antrag** ist mit 18 Ja, 14 Nein und 2 Enthaltungen **angenommen**. Vielen Dank.

Wenn es nun nichts Weiteres zu § 3 gibt, fahren wir fort. Bitte!

§ 4 Zielgruppe Seite 4

keine Wortmeldung

§ 5 Ansprechstelle Seite 4

keine Wortmeldung

II LEISTUNGEN DER GEMEINDE

§ 6 Gutscheine zum Besuch einer Spielgruppe Seite 6

keine Wortmeldung

§ 7 Gutscheine zur frühen Sprachförderung Seite 8

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Anja Oser!

Anja Oser, SP-Fraktion: Danke vielmals. Der zweite **Änderungsantrag**, der auch bereits aufliegt, wurde von der SP eingereicht, um den Vorschlag der KKS auch noch einmal zu ergänzen. Er ermöglicht dem Gemeinderat, in begründeten Ausnahmefällen ergänzende Gutscheine einzusetzen, um eine gute soziale und sprachliche Durchmischung zu fördern. Wenn sich z. B. eben herausstellt, dass es für die Institutionen schwierig ist, eine Durchmischung herzustellen, und sich daraus eine Segregation abzeichnet. Es geht also nicht um eine neue Zielgruppe. Es geht wirklich darum, dem Gemeinderat ein begrenztes Instrument zu geben, falls sich eine Entmischung abzeichnet. Für eine erfolgreiche Sprachförderung und für gute Integrationschancen ist, wie erwähnt, eine lebendige Durchmischung der Kinder enorm wichtig. Und Institutionen im Fall von Schwierigkeiten zu unterstützen, also unterstützen zu können, finden wir, essenziell.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es Meinungsäusserungen dazu? Henry Vogt, bitte!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wenn ich es anschau, finde ich grundsätzlich nicht, dass es ins Reglement gehört. Wie es da steht, gehört es in die Verordnung. Die Verordnung soll das regeln, und nicht das Reglement. Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur **Abstimmung** über diesen **Antrag**. Die **SP** beantragt zu § 7, dem alten § 7, der jetzt § 6 «Gutscheine zur frühen Sprachförderung» ist, Folgendes zu ergänzen:

5. *Zur Förderung einer ausgewogenen, sozialen und sprachlichen Durchmischung in anerkannten Angeboten der frühen Sprachförderung in Allschwil kann der Gemeinderat ausnahmsweise ergänzende Gutscheine vorsehen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf solche Leistungen. Die Voraussetzung und den Umfang regelt er in der Verordnung.*

Wer dem zustimmen möchte, der zeigt es bitte jetzt an. Wer dagegen ist, bitte jetzt! Enthaltungen bitte!

://:

Sie haben den **Antrag** mit 12 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**. Vielen Dank.

Wenn es nun nichts mehr zu diesem Paragrafen gibt, dann bitte weiter.

III SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 8 Härtefälle Seite 8

keine Wortmeldung

§ 9 Datenschutz Seite 8

keine Wortmeldung

§ 10 Vollzug Seite 9

keine Wortmeldung

§ 11 Verfügungen und Rechtsmittel Seite 9

keine Wortmeldung

§ 12 Genehmigung und Inkrafttreten Seite 9

keine Wortmeldung

Tim Söllick, Präsident: Herzlichen Dank. Ich stelle fest, dass damit die **Beratung** über das Geschäft **abgeschlossen** ist und auch die **2. Lesung** des Reglements über die frühe Förderung und die frühe Sprachförderung. Wir kommen damit zu den **Anträgen der Kommission für Kultur und Soziales**, auf Seite 7 des KKS-Berichts.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Kultur und Soziales, Folgendes zu beschliessen:

1. *Der Einwohnerrat verabschiedet den Vorschlag der Kommission für Kultur und Soziales inklusive des eingegangenen § 3 betreffend das Reglement zur frühen Sprachförderung.*

Wer dem zustimmen kann, soll bitte jetzt seine Karte heben. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ich stelle fest: Der **Antrag** wurde **einstimmig angenommen**.

2. *Das Reglement über die frühe Sprachförderung wird nach Genehmigung durch die Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft durch den Gemeinderat in Kraft gesetzt.*

Wer dem zustimmen kann, soll bitte jetzt seine Karte heben. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ich stelle fest, Sie haben den **Antrag einstimmig angenommen**.

Damit kommen wir zur **Schlussabstimmung**. Wer das gesamte Geschäft 4801 und 4801 A abschliessen möchte, der hebe jetzt bitte seine Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ich stelle fest: Der Einwohnerrat hat das **Geschäft vollumfänglich abgeschlossen**. Vielen Dank.

Bitte, Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Gäste. Ich freue mich sehr, dass dieses wichtige Anliegen soeben zu einem Abschluss gekommen ist. Ich möchte an dieser Stelle allen herzlich für ihr Engagement in dieser Sache danken.

Tim Söllick, Präsident: Gut, herzlichen Dank. Dann kommen wir zum 3. Traktandum.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderats vom 18.3.2026, sowie der Bericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 26.5.2026, betreffend Totalrevision Reglement über Beiträge an die Pflege und Betreuung zu Hause, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4815 / A

Tim Söllick, Präsident: Es ist die 1. Lesung. Wir gehen momentan noch nach der alten Prozedur vor, dass Anträge sehr gerne diskutiert werden können, aber über Anträge wird in der 2. Lesung abgestimmt. Wir wollen momentan diese Prozedur ändern, aber dies wird erst später im Jahr der Fall sein, dass wir es machen. Ich frage aber den Einwohnerrat an: Ist das Eintreten bestritten? Okay, das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würde ich vorschlagen, dass die KKS-Präsidentin, Romina Stefanizzi, ihre Ausführungen anbringt. Danach kommt Gemeinderat Philippe Hofmann. Dann bitte ich den 1. Vizepräsidenten, die Beratung zu führen.

Romina Stefanizzi, KKS-Präsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank auch für dieses Geschäft. An dieser Stelle möchte ich mich primär zuerst noch bei der Verwaltung bedanken, die uns mit Fragen und Antworten tatkräftig unterstützt hat. Es geht um das Reglement, welches bei uns seit 1991 eigentlich Bestand hat. Das Reglement wurde seither nie angepasst. Das Einzige, was man mal gemacht hat, ist: Aufgrund einer Beschwerde hat man die Beträge von 25 auf 33 Franken erhöht. Jetzt geht es darum, dass man das ganze Reglement noch einmal anschaut, weil es vorwiegend mehr Leute gibt.

Im Grundsatz finden wir es von der KKS eine gute Sache, denn mit diesem Reglement schaut man auch, dass die Leute nicht ins Altersheim gehen müssen, sondern dass sie wirklich von Angehörigen zu Hause gepflegt werden können. Es geht auch darum, dass sie somit für die Gemeinde, sage ich mal ... – sodass die Unterstützung der Leute, dadurch, dass sie zu Hause gepflegt werden können, nicht ins Altersheim gehen müssen, wenn sie doch grundsätzlich noch fit wären oder noch so fit sind, dass sie gewisse Dinge sicher noch zu Hause bewerkstelligen können. Es sind nur einzelne, kleine Themen, die wir angepasst haben, denn, wie erwähnt, das Reglement finden wir gut. Das Einzige, was mir unklar war, ist das mit den Minuten, mit der Zeit der Pflege, wie es abgerechnet werden soll. Für uns war auch noch nicht klar, respektive heute wollen wir es eben abgestimmt haben, wie das mit der Zeitüberprüfung sein soll, mit den Kontrollen. Dies sind einfach noch Dinge, die jetzt aus diesem Reglement eben zu wenig klar hervorgehen und wir noch einmal etwas präzisieren möchten. Ansonsten wären wir so weit bereit. Danke vielmals.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Wir können dieses Geschäft gerne beraten. Abschnittsweise wäre sinnvoll. Es gibt zwei, drei Dinge, zu denen der Gemeinderat Stellung nehmen kann. Vor allem zu den Anträgen der KKS, was noch wissenswert wäre. Und deshalb ja, schauen wir mal, was wir alles in der Diskussion gemeinsam herausfinden können. Ich bin gespannt.

Tim Söllick, Präsident: So bitte, allgemeine Beratung. Gibt es Meinungsäusserungen?

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Frau Oser!

Anja Oser, SP-Fraktion: Danke vielmals. Geschätzter Rat, geschätzter Präsident und geschätzte Anwesende noch einmal. Für uns ist dieses Reglement mehr als nur eine technische Regelung über finanzielle Beiträge. Es geht auch um die Frage, welchen Wert wir der Angehörigenpflege und -betreuung beimessen. Wer Angehörige zu Hause pflegt oder betreut, übernimmt eine grosse Verantwortung. Pflege und Betreuung im Alltag bedeuten zusätzlichen Zeitaufwand, organisatorische Belastungen und häufig auch Einschränkungen im eigenen Alltag. Die Arbeit wird zu einem grossen Teil unbezahlt von Angehörigen geleistet und ermöglicht gleichzeitig, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrem vertrauten Daheim bleiben können. Dies verdient Anerkennung und Unterstützung, und zwar auch gleich deshalb, weil die Betreuung zu Hause nicht nur menschlich sinnvoll ist, sondern der Gemeinde und auch dem ganzen Gesundheitswesen erhebliche Kosten ersparen kann. Wer Angehörige unterstützt, damit sie Pflege und Betreuung zu Hause erhalten, leistet einen konkreten Beitrag, damit stationäre Angebote später oder vielleicht gar nicht notwendig werden.

Wenn wir also dem Grundsatz der Gemeinde «ambulant vor stationär» nach festhalten wollen, müssen wir auch jene unterstützen, welche diesen Grundsatz im Alltag überhaupt möglich machen. Es kann nicht sein, dass mit einer neuen Regelung ausgerechnet jene Menschen schlechtergestellt werden, die schon heute Angehörigenpflege zu Hause betreiben. Wir haben deshalb **zwei Anträge**, die wir auch eingereicht haben. Ich kann sie schon mal zeigen, es wird inhaltlich jetzt abgestimmt. Aber einfach, damit ihr es schon einmal gesehen habt. Wir beantragen, dass die **Anspruchsschwelle von 90 auf 60 Minuten pro Tag reduziert** wird. Der Grund ist eigentlich ganz einfach: Auch eine Stunde tägliche Pflege oder Betreuung kann für Angehörige eine erhebliche Belastung sein. Gleichzeitig sieht das heutige Reglement schon ab 60 Minuten Beiträge vor, wenn tägliche Anleitung und Überwachung notwendig sind. Wenn wir die Schwelle generell auf 90 erhöhen oder dies streichen werden Menschen schlechtergestellt, die heute noch Anspruch auf einen Beitrag haben. Der Beitrag ist dabei keine vollständige Abgeltung dieser geleisteten Arbeit. Er ist hauptsächlich eine Anerkennung und Unterstützung für die Angehörigen, die mit ihrer Arbeit ermöglichen, dass Menschen länger zu Hause bleiben können.

Der **zweite Antrag**, kann man ihn schnell auflegen? Da wollen wir, dass **Anleitung und Überwachung**, was im Vorschlag der KKS gestrichen wurde, ausdrücklich als **eigener Bereich** in § 4 Abs. 1 **aufgenommen** werden. Auch diese Unterstützung ist ein wichtiger Teil der Betreuung zu Hause. Wenn sie ersatzlos gestrichen wird, besteht die Gefahr, dass Personen, die heute ebenfalls unter diesen Voraussetzungen einen Beitrag erhalten, in Zukunft leer ausgehen. Dies widerspricht wiederum dem Ziel, welches ich zuvor bereits genannt habe.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Herr Urs Poživil!

Urs Poživil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein bedeutungsvolles Reglement. Wir halten es für sinnvoll, dass es überarbeitet wird. Es ist wichtig, dass den Angehörigen in diesem Bereich Unterstützungen geboten werden. Wir folgen auch all diesen Anträgen der KKS. Wir empfinden sie als gut, wir finden zweckdienlich, was die KKS vorbereitet hat. Was für uns aber eher so in der Thematik ein wenig ein Dorn im Auge ist, ist eigentlich die Rolle der Versorgungsregion. Denn nach unserer Auffassung wäre genau das eigentlich die Aufgabe dieser Region. Dass sie uns ein Musterreglement ausarbeitet, und vorlegt, das wir dann absegnen können. Denn nun passiert wieder so ein wenig genau das, was man mit dieser Versorgungsregion nicht will: Jede Gemeinde, also Binningen, Schönenbuch, jede wurstelt wieder etwas für sich, und wir wissen gar nicht, ob danach eine Harmonisierung stattfindet, ob am Ende des Tages dann alle genau dasselbe Reglement haben. Das ist schade. Das ist wie eine verpasste Chance, dass man jetzt eigentlich wieder zurückgefallen ist, dass jeder etwas Eigenes vornimmt. Das ist eigentlich das Frustrierende am Ganzen.

Wir finden das Reglement gut, wir finden es richtig, dass es überarbeitet wird, aber die Rolle der Versorgungsregion innerhalb, was sie für uns macht, welche Vorarbeiten sie für uns machen soll, ist für uns mehr oder weniger noch nicht klar geregelt. Ich glaube, es wäre wirklich gut, wenn man sich mal wirklich Zeit nimmt, damit man nicht wieder zurückfällt, dass wirklich wiederholt einfach jede Gemeinde etwas macht und am Schluss hat man drei verschiedene Reglemente. Ich glaube, dann ist innerhalb der Versorgungsregion niemandem gedient.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Romina Stefanizzi!

Romina Stefanizzi, KKS-Präsidentin: Ich habe noch eine **Ergänzung zum ersten Antrag**. Können wir den ersten Antrag bitte noch einmal auflegen? Dieser Antrag ist inhaltlich falsch, denn das Problem ist, dass im Reglement, welches jetzt besteht, und welches jetzt noch aktuell Gültigkeit hat, steht, dass es mindestens 90 Minuten sein sollen. Also wird es nicht eine Verschlechterung sein, so wie es hier drinsteht, sondern, das neue Reglement hat einfach **als Vorschlag** die 90 bis 60 Minuten. Hier steht klar, dass es keine Verschlechterung gegenüber der jetzigen Situation sein soll. Jetzt haben wir 90 Minuten, meine Damen und Herren. Danke vielmals.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Herr Simon Trinkler!

Simon Trinkler, GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die GLP/Grüne-Fraktion ist ebenfalls für dieses Reglement, auch wie meine Vorrednerinnen das bekräftigt haben. Für uns ist primär der Aspekt wichtig, dass man § 5 noch präzisiert, sodass er nachher auch hieb- und stichfest ist. Wir sind auch der Meinung, dass die rund 800 000 Franken vom vergangenen Jahr nicht unbedingt eine Ausgabe sind, über die wir uns Sorgen machen müssen. Ich denke,

das ist ein Bruchteil von dem, was die Betreuung von Angehörigen in einer Institution tatsächlich kostet. Pflegende Angehörige tragen eine grosse Last. Das, was sie hierdurch vergütet erhalten, ist keine lenkungswirksame Abgabe, sondern es ist ein Zustupf. Und ein Zustupf, der notabene oftmals erfolgt, weil es wirklich auch Leute gibt, die aufgrund dessen, dass sie Angehörige zu Hause pflegen, z. B. ihr Arbeitspensum reduzieren. Wir finden einen solchen Zustupf gerechtfertigt. Deshalb sind wir auch für dieses Reglement. Danke schön.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci, Herr Trinkler. Henry Vogt!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich will es doch noch ein wenig in einen anderen Bereich bringen. Denn unter dem Strich ist das, was wir machen, eine Win-win-Situation für alle. Nicht nur für die Pflegenden, für die Pflegebedürftigen, sondern schlussendlich auch für alle. Denn einen Pflegebedürftigen in einen stationären Bereich zu geben, kostet bekanntlich ein Mehrfaches und mehr als ein Mehrfaches, als wenn man ihn zu Hause pflegt. Viele Familien können sich in diesem Bereich so etwas auch gar nicht mehr leisten, weil es so extrem teuer ist. Dementsprechend glaube ich, auch ohne Abgeltungen jeglicher Art, wenn die SP schon von Verantwortung und von Wert spricht, ja, auch ohne Abgeltung würde sie zu Hause gepflegt werden. Aus dem einfachen Grund: Weil der stationäre Bereich einfach nicht bezahlbar ist, oder für viele gar nicht bezahlbar ist. Deshalb ist es natürlich eine tolle Sache, was wir hier von der Gemeinde aus machen.

Dementsprechend auch, wenn ich die Diskussion, die wir über 90 oder 60 Minuten führen werden, anschau: Ich meine, es sollte doch keine Strafe für die Angehörigen sein, dass man die Angehörigen pflegt. Es ist mehr ein Gewinn für die Pflegebedürftigen schlussendlich, dass jemand da ist, der ein wenig länger bleibt, als vielleicht die Stunde, die wir «so weit vorgeben». Dementsprechend bin ich grundsätzlich der Meinung: Eben, es ist eine gute Sache, es ist eine tolle Sache. Mit 90 Minuten sind die Pflegenden schlussendlich nicht wirklich überfordert. Danke schön.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Und jetzt noch einmal, Frau Anja Oser!

Anja Oser, SP-Fraktion: Danke vielmals. Vielleicht gleich noch einmal wegen dieses Änderungsantrags. Wir beziehen uns dabei auf die Vorlage, welche die KKS hat, oder die vorgelegt wurde, als der Abschnitt 2 gestrichen wurde. Das können wir sonst noch ergänzen und noch einmal neu versenden, dass es sich nicht auf das bisherige Reglement bezieht, sondern auf die Synopse der KKS.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Und noch Stephan Wolf!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Wir von der Mitte-Fraktion finden dieses Reglement auch eine gute Sache und werden es deshalb unterstützen. Wir möchten auch vor allem dem Gemeinderat und der KKS für diese wertvolle Arbeit, die geleistet wurde, um das Reglement dem Einwohnerrat unterbreiten zu können, danken.

Tim Söllick, Präsident: Okay, vielen Dank. Ich denke, damit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen. Ich frage den Einwohnerrat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts des Gemeinderats erbeten wird. Christian Jucker, bitte!

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eigentlich eine Frage an die Kommissionspräsidentin, ob § 5, der nachher kommt, unserer Meinung nach fehlerhaft ist und der, glaube ich, auch bekannt ist, dass er fehlerhaft ist. Diesen werden wir dann in corpore diskutieren, oder? Dann müssen wir von mir aus nicht abschnittsweise durchgehen. Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Ich wäre schon gekommen, wenn ich zu gewissen Abschnitten etwas sagen könnte. Sonst können wir uns diese Übung hier einfach schenken. Es wäre also schon sinnvoll, wenn wir es machen. Selbst kann ich es nicht beantragen, aber es sei denn, wir machen also noch eine 2. Lesung, dann kommt es raus wie letztes Mal, als wir die 2. Lesung diskutierten. Das ist nicht so frisch. Deshalb würde ich es gerne jetzt machen, um zu sagen, was der Gemeinderat zu den einzelnen Sachen sagen würde. § 4 und § 5 werde ich bestimmt etwas sagen - 1, 9, 10 ... Kann man das machen?

Tim Söllick, Präsident: Also, es geht jetzt um den Bericht des Gemeinderats. Richtig, denn das Reglement müssen wir abschnittsweise durchgehen. Es geht erst einmal um den Bericht des Gemeinderats.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ach so. Der ist mir egal, mir geht es ums Reglement. [Gelächter] Den kenne ich.

Tim Söllick, Präsident: Also, ich stelle nun mal fest, dass es keinen Wunsch gibt, den Bericht des Gemeinderats abschnittsweise durchzugehen. Falls da doch der Wunsch besteht, dann bitte jetzt schnell eine Handhebung! Das scheint nicht der Fall zu sein. Das heisst, wir gehen jetzt über zur **1. Lesung**. Ich bitte an dieser Stelle die 2. Vizepräsidentin, es artikel- und abschnittsweise aufzurufen, und den 1. Vizepräsidenten, durch die Diskussion zu führen. Vielen Dank.

Reglement über Beiträge an die Pflege und Betreuung zu Hause

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1 Zweck Seite 1

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Also, wir sind beim Reglement, ja? Gut. So, in diesem Fall: Danke schön. Jetzt kommt dieser Punkt. Die KKS hat hierzu einen Änderungsantrag. Deshalb meine ich, müsste mindestens die KKS sagen, wenn sie bei 1, Zweck, gerne etwas ändern möchte. Weil dies nicht der Fall ist, ergreife ich halt die Chance, einfach um darauf hinzuweisen, was die Bemerkung oder die Änderung der KKS ist. Es ist nämlich ein wichtiger Punkt. Es geht darum, wer Anspruch hat. Das ist nicht eine triviale Geschichte, sondern das, was die KKS hier möchte, unbeabsichtigt oder nicht, ist eine Umkehr des Sinns, wie wir ihn jetzt haben. Denn bisher war immer die pflegebedürftige Person anspruchsberechtigt. Also im Sinn des Wortes: hat Anspruch. Das war so in allen Vorlagen, und wir hatten es auch immer so geregelt. Wenn man dies nun so anpassen würde, ergibt es Inkonsistenz. Ich bin nicht überzeugt, dass wir eine solche Praxisumkehr machen, sondern dass wir auf dieser Praxis bestehen sollten. Es besteht nämlich gar keine Not, dass man es ändert. Sondern, anspruchsberechtigt muss immer die betreute Person sein. Das ist nicht zu verwechseln mit § 11, an wen der Stutz ausbezahlt wird. Das ist ein Unterschied. Hier geht es um den Anspruch.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Keine weitere Wortmeldung.

§ 2 Grundsätze Seite 1

keine Wortmeldung

§ 3 Subsidiarität Seite 2

keine Wortmeldung

II. VORAUSSETZUNGEN

§ 4 Voraussetzungen für Beiträge Seite 2

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Merci. Auch hierzu kann ich kurz etwas ausführen, betreffend § 4 Abs. 2. Von der Praxis her ist es so: Es ist immer der Arzt, der ein solches Zeugnis ausstellt. Für die Verwaltung ist es eigentlich unerheblich oder nicht zwingend, dass Abs. 2 da steht, aber er ermöglicht einfach, immer in Ausnahme von besonderen Krankheitsfällen reagieren zu können. Deshalb sind auch die 90 Minuten ... – das ist einfach eine etwas höhere Antragsschwelle als die vorhandenen 60 Minuten. Es war auch im alten Reglement so. Man hat damit einfach auch gute Erfahrungen ge-

macht. Dies ist auch der Grund, und deshalb ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass wir uns mit diesem zweiten Abschnitt nichts vergeben. Aber im Gegensatz sogar eine Möglichkeit schaffen, in speziellen Fällen, mit einer Ausnahme, reagieren zu können. Deshalb beantragt Ihnen der Gemeinderat, dass dem Antrag der KKS nicht stattgegeben wird.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Gibt es diesbezüglich noch weitere Wortmeldungen? Also keine weitere Wortmeldung!

§ 5 Höhe der Beiträge Seite 3

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Wie bereits angetönt, funktioniert es auf diese Weise nicht mehr. Der Antrag der Kommission beschreibt eigentlich nicht mehr, wer nun die Höhe der Beiträge festlegt. Da müssen wir eine Lösung finden. Es gibt zwei Varianten: entweder jene des Gemeinderats oder was auch immer für eine Variante. Ich möchte es einfach noch einmal anmerken. Ich glaube, wir müssten uns bei der 2. Lesung einigen, wie wir es genau möchten. Danke schön.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Noch einmal Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Besten Dank. Damit wir uns auch einigen können, ist es vielleicht auch wichtig, dass man weiss, wie es geht. Und zwar ist es nämlich so: Der Kanton macht nämlich gar keine Vorgaben. Und wenn er keine Vorgaben macht, können wir auch keine Erhöhung anpassen, wenn der Kanton eine Anpassung vornimmt. Das ist gewissermassen obsolet im Text. Denn es ist so: Der Kanton macht eben keine Vorgaben, und zwar auch deshalb nicht, weil es den Gemeinden eigentlich freigestellt ist, Beiträge überhaupt auszus zahlen. Wir können also nicht warten, bis der Kanton etwas unternimmt. Wir müssen selbst eine Lösung finden. Deshalb gibt es natürlich auch keine Erhöhungen und Festlegungen – und Empfehlungen schon mal gar nicht. Es ist wirklich uns und der Gemeinde wirklich freigestellt, Beiträge zu bezahlen, und entsprechend kann man den Antrag der KKS auf diese Weise auch gar nicht umsetzen. Auch da beantragt der Gemeinderat, dass dieser Antrag abgelehnt wird.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Keine weitere Wortmeldung.

§ 6 Beginn und Ende der Anspruchsberechtigung Seite 4

keine Wortmeldung

§ 7 Meldepflicht Seite 4

keine Wortmeldung

III. VERFAHREN

§ 8 Antrag Seite 4 und 5

keine Wortmeldung

§ 9 Prüfung und Entscheid Seite 5

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Merci. Auch dazu vielleicht noch einmal schnell. Es mag vielleicht in einigen Ohren ein wenig nach Wortklauberei klingen, aber Fachinstitution und Fachstelle sind nicht dasselbe. Eine Fachinstitution ist viel weiter gefasst, eine Fachstelle kann ein Teil einer Fachinstitution sein. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass es weiter gefasst sein muss, sonst ist es näm-

lich genau eine Fachstelle, beispielsweise jene vom Alter. Wir möchten es aber gerne so haben, dass wir dann einen weiteren Begriff machen können. Z. B. kann dies dann nämlich auch eine Spitex sein.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

§ 10 Abrechnung Seite 5

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: keine Wortm...

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: ... Halt!

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Entschuldigung – Stephan Wolf, sorry!

Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion: Alles gut, nichts passiert. Zu § 10: Es steht bekanntlich bereits in der Synopse im grünen Text drin. Aber da ist uns aufgefallen, dass die Regelung wegen der Verjährung der Ansprüche völlig fehlt. Wir behalten uns deshalb vor, auf die 2. Lesung hin noch einen entsprechenden Antrag einzureichen. Dies würden wir selbstverständlich schriftlich und rechtzeitig machen und vor der entsprechenden Einwohnerratssitzung allen zukommen lassen. Einfach, damit ihr schon mal vorgewarnt seid: Da wird noch ein Antrag von uns kommen.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci, Stephan Wolf. – Entschuldigung, Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Zum letzten. Ja, ist ein guter Punkt, kann man sicher mitnehmen, was die Verjährung angeht. Es ist hier nicht drin. Zu den anderen Punkten lasse ich mich nun nicht aus, was diese angeht. Dies ist eher eine operative Geschichte, was sich mit diesen Formularen eigentlich in der Praxis bereits bewährt hat.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Sonst noch welche Wortmeldungen dazu?

§ 11 Auszahlung Seite 6

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Ich würde bei dieser Gelegenheit gerne noch einmal fragen, ob sich die KKS zum Votum von Gemeinderat Hofmann zu § 1 äussern möchte. Denn da steht nun tatsächlich drin, dass der umgangssprachlich «Stutz» an jene Person geht, welche die Pflege ausrichtet. Dies ist aber nicht dieselbe Person, welche den Anspruch an sich hat. Dann scheint mir das, nun, auf den ersten Eindruck schon sehr logisch zu sein und folgerichtig, was der Gemeinderat zu Abs. 1 gesagt hat. Deshalb hätte ich nun noch gerne die Kommission gefragt, ob sie das mit Abs. 1 noch einmal anschaut, ob sie vielleicht jetzt sagen kann, ob es ein Fehler war, oder ob sie zumindest ihre Synopse überarbeitet, denn es scheint mir nun auf den ersten Blick nicht stimmig zu sein, dass man hier nun einen solchen Systemwechsel durchführt.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci.

Romina Stefanizzi, KKS-Präsidentin: Merci. Also, es ist so, dass wir wegen § 1 ändern wollten, dass «Angehörige und/oder Dritte, die dauernd pflege- und betreuungsbedürftige Personen betreuen und pflegen, werden mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.» Das hätte für uns einfach noch einmal spezifisch den Punkt als § 11 unterstreichen sollen, wo klar steht, dass Beiträge an die für Pflege und Betreuung verantwortliche Person ausgerichtet oder entrichtet werden. Da sind wir natürlich davon ausgegangen, dass es, wenn es z. B. eben eine familiäre Person ist, die immer wieder unterstützt, diese es dann auch haben kann. Also, dass es ihr zugutekommt und nicht eben einer Praxis oder einer anderen Person wie Spitex oder so ähnlich. Sondern, es geht effektiv darum: Ich pflege – ich erhalte es. Deshalb wollten wir es unter «Zweck» genau so drin haben.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Sonst noch Wortmeldungen zu § 11? Ueli Keller!

Ueli Keller, parteilos: Danke schön. Geschätzte Anwesende. Meine Frage oder meine Gedanken gehen generell in eine ähnliche Richtung wie jene von Lucca Schulz. Ich habe festgestellt, dass die KKS Änderungen vorschlägt, erstens. Und zweitens gab Gemeinderat Philippe Hofmann dazu Emp-

fehlungen ab. Anträge kann man, wie man weiss, keine stellen. Er hat zwar mal gesagt, er stelle den Antrag, aber er hat Empfehlungen abgegeben. Mir ist nun nicht klar, was dies bedeutet, aus Sicht des Rats gesehen. Ist dies nun einfach unverbindlich oder sind diese Empfehlungen durch den Einwohnerrat erheblich zu beachten? Oder was ist nun nach dieser 1. Lesung? Das ist nun nicht nur zu § 11, das ist nun generell eine Frage.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Henry Vogt?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir alle wissen, dass, wenn Philippe Hofmann etwas sagt, es immer Inhalt hat. Ich gehe davon aus, dass die KKS es mit in die Kommission nimmt und es untereinander besprochen wird, damit dann anschliessend in der nächsten Lesung diese Teile entsprechend auch darin vorkommen.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Philippe Hofmann!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: ... *[nur im Hintergrund]* ...

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Mehmet Can!

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, das mit § 1: Ist es möglich, dass mit dem Wort «Dritte» ein wenig alles durcheinanderkommt? Denn in § 11 steht es doch klar und deutlich: an die Person, welche betreut! Und das ist einfach der Angehörige. Deshalb noch einmal meine Frage an die KKS: Kann es sein, dass dieses Wort alles ein wenig verändert? Danke.

Romina Stefanizzi, KKS-Präsidentin: Also, bei diesem § 1 haben wir spezifisch jemanden gefragt, der dafür zuständig ist. Und sie sagte uns auch noch einmal, es sei manchmal für die Leute nicht klar gewesen, wenn z. B. eine Drittperson ... – Annahme: Sie hat uns ein Beispiel gemacht. Ich kann mal aus einem Grund nicht gehen, also kann ich eine Drittperson schicken, weil ich nicht gehen kann. Diese Person darf dann dieses Geld ... – Dann gab es immer wieder Diskussionen, auf welchem Weg das Geld zu dieser Person kommt, denn sie kann sich nicht ausweisen, weil sie nicht in der Angehörigenliste steht. Das war etwa das Problem. Deshalb haben wir auch gesagt, wir möchten es so klar darlegen, damit man ... – jene, die auch, wenn ich sage, z. B. eine Drittperson, dass man es halt unterschreibt und es belegen kann, dass man es für die Person auch gemacht hat, und dann darf man das Geld auch beziehen. Respektive nicht selbst zur Gemeinde gehen, sondern dass man es intern betrachten kann. Und dass man sich zumindest dort auf etwas stützen kann, dass man sagen kann: «Ich habe es auch geleistet», falls man das will. Mein Gott, ich meine, ich weiss doch nicht, wer wirklich für Geld pflegt, aber ja, also privat meine ich.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Möchtest du ... ja, Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Wir müssen zwischen dem Zweck, der allgemein regelt, wer Anspruch hat, das ist die Person, und demjenigen, der Geld bekommt, unterscheiden. Das ist nicht dasselbe. Es mag kompliziert klingen, ist tatsächlich wahrscheinlich auch so, aber man kann es nicht miteinander vermischen. Wenn es ein Problem sein soll, dass man auf einer Angehörigenliste oder Ähnliches nicht ersichtlich ist, ist das etwas Bilaterales, was von den zwei Personen selbst gelöst werden muss. Es geht wirklich darum, welcher Praxis wir folgen wollen. Wollen wir gerne, dass man den Anspruch so definiert, dass es die gepflegte Person ist, was wir eigentlich wollen, dass es nämlich genau so ist, wie wir da drin haben, wer eben Anspruch hat. Dann haben wir definiert, wer den Anspruch hat. Deshalb benötigen wir § 11, um zu sagen, an wen es ausbezahlt werden soll, gerade auch, weil es nicht dieselbe Person ist. Das ist kein Widerspruch. Sondern, beim einen geht es wirklich um den Überbau des gesamten Gesetzes, wie es sein soll, und § 11 ist weiter unten, also untergeordnet, subsidiär oder subordiniert im Sinn von: *wie die einzelnen Auszahlungen erfolgen sollen*. Dies hat schon Bestand, «*verhebbt*», so wie es Lucca Schulz auch erwähnte.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Mark Aellen, bitte!

Mark Aellen, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich bin etwas verwirrt, dass man es auf diese Weise diskutiert. Denn der Antrag, sorry, § 8 über den Antrag sagt: *Der Antrag muss die pflege- und betreuungsverantwortlichen Personen bezeichnen und die Beurteilung ...* und blablabla. Also, die

Personen sind bezeichnet. Wenn eine andere Person eintritt, hat sie offensichtlich kein Anrecht, weil sie nicht im Antrag steht. Das ist doch eigentlich ganz einfach.

Fredy Rellstab, 1. Vizepräsident: Merci. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Auszahlung? Das ist nicht der Fall.

§ 12 Missbrauch Seite 6

keine Wortmeldung

IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 13 Verordnung Seite 6

keine Wortmeldung

§ 14 Rechtsmittel Seite 7

keine Wortmeldung

§ 15 Inkraftsetzung und Aufhebung bisherigen Rechts Seite 7

keine Wortmeldung

Tim Söllick, Präsident: Herzlichen Dank. Ich stelle fest, damit ist die **1. Lesung** des Reglements **abgeschlossen**. Die Anträge der Kommission wie auch der Fraktionen kommen wie erwähnt dann in der 2. Lesung zur Abstimmung. Vielen Dank. Wir kommen zum Geschäft 4800 und 4800 A

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderats vom 10.6.2026, zum Postulat von
Noëmi Feitsma-Wirz und Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion, vom 2.9.2025,
betreffend Betriebliche Sozialberatung für Angestellte der Primarstufe Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4800 / A

Tim Söllick, Präsident: Wir gehen wie folgt vor: Zuerst dürfen die antragstellenden Personen, Noëmi Feitsma und Matthieu Dobler Paganoni, sprechen, danach Gemeinderätin Silvia Stucki, dann Vertreter der Fraktionen und dann die allgemeine Rednerliste. Vielen Dank. Bitte, wem von den Motionären kann ich das Wort erteilen? Noëmi Feitsma, ja!

Noëmi Feitsma, SP-Fraktion: Vielen Dank. Geschätzte Anwesende. Ich empfinde es als sehr erfreulich, als ich den Bericht gelesen habe, dass der Schulrat nun den benötigten Betrag ins Budget stellen wird. Das finde ich wirklich super. Was bei mir schon ein wenig Fragezeichen hinterlassen hat, ist, dass es dazu eigentlich einen Vorstoss des Einwohnerrats benötigte. Denn im Bericht steht ziemlich klar und deutlich, dass wir für Fragen, welche die Schule betreffen, eigentlich nicht zuständig seien. Trotzdem ist es offensichtlich bis heute noch nicht gelungen, dass in der Schule eine vertrauliche und neutrale Anlaufstelle für die privaten oder beruflichen Anliegen der Lehrpersonen geschaffen wurde. Dies gibt mir schon ein wenig zu denken. Ich hoffe nun einfach wirklich, nachdem ich diesen Bericht gelesen habe, dass es noch gelingt, eine solche Stelle zu schaffen, bevor der nächste Mediensturm auf unsere Schule niederprasselt. Vielen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Gemeinderätin Silvia Stucki, bitte!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Noëmi, lieber Matthieu, liebe Anwesende. Ja, es ist ausgeführt, der Bericht liegt Ihnen vor. Der Einwohnerrat ist tatsächlich nicht zuständig. Nichtsdestotrotz, wie Sie es auch schon erwähnt haben, hat der Gemeinderat nur eine Kompetenz, allenfalls die Finanzen dafür zu sprechen. Das war ihm wichtig. Ebendarum hat er bereits etwas ins Budget eingestellt, für den Fall, dass dieses Projekt zum Fliegen kommen sollte. Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Möchten sich die Fraktionen äussern? Henry Vogt, bitte!

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine Frage: Wer hat nun dieses Budget gemacht? Ich habe gedacht, das sei der Schulrat, der das wollte, aber jetzt ist es doch der Gemeinderat, der es gemäss Gemeinderätin Stucki eingegeben hat. Wer hat es nun tatsächlich gemacht? Ich verstehe es nicht mehr.

Tim Söllick, Präsident: Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident. Diese Diskussion haben wir tatsächlich geführt. Es solle nun der Schulrat bereits etwas einstellen oder nicht. Und wir haben es zusammen ausgetauscht und kamen gemeinsam zum Schluss, dass es eben sinnvoll ist, obwohl das Projekt noch nicht steht, trotzdem bereits etwas ins Budget einzustellen. Selbstverständlich erstellt der Schulrat in einem ersten Schritt das Budget und in einem zweiten Schritt kommt es dann im Zusammenhang mit der 1. Lesung des Gesamtbudgets der Gemeinde in den Gemeinderat. Aber man hat es gemeinsam besprochen und kam zum Schluss, dass es sinnvoll ist, bereits Geld einzustellen, für den Fall, dass es eben so schnell zum Fliegen kommt, wie ich es zuvor erwähnte.

[... nur im Hintergrund] Halt noch einmal, nein. Es war tatsächlich die Frage, wie man es machen sollte. Und der Schulrat fragte: Wie sollen wir da am besten vorgehen? Selbstverständlich macht zuerst der Schulrat sein Budget, aber es war in Rücksprache mit dem Gemeinderat, wie man vorgehen soll, für den Fall, weil es gar kein Projekt gibt und noch keine Ausarbeitung stattfindet. Es wurde, wie es im Bericht steht, auch noch gar niemand angefragt. Trotzdem stand diese Frage im Raum, und das ist in Zusammenarbeit ... – oder auf Rückfrage hat der Gemeinderat empfohlen, bereits etwas einzustellen. Noch einmal: Dies hat der Schulrat gemacht, eingestellt. Es war nicht der Gemeinderat, sondern, es war die Frage: Ist es okay? Selbstverständlich ist es ein gutes Vorgehen des Schulrats, dass er schon prophylaktisch etwas eingestellt hat, und somit das Projekt dann auch schnell zum Fliegen kommen kann.

Tim Söllick, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit kommen wir zum **Antrag des Gemeinderats** und werden darüber **abstimmen**.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat, zu beschliessen:

1. *Das Postulat von Noëmi Feitsma und Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion, vom 2.9.2025, betreffend betriebliche Sozialberatung für Angestellte der Primarschule Allschwil, Geschäft 4800, wird als erledigt abgeschrieben.*

Wer dem zustimmen kann, der hebe bitte jetzt seine Karte! Wer dagegen ist! Enthaltungen?

://:

Ich stelle fest, Sie haben den **Antrag einstimmig angenommen**.

Damit kommen wir zur **Schlussabstimmung** über das Geschäft als Ganzes. Wer dem zustimmen kann, der hebt jetzt bitte seine Karte! Gegenstimmen? Enthaltungen?

://:

Ich stelle fest, Sie haben das **Geschäft** grossmehrheitlich, mit einer Gegenstimme, **abgeschlossen**.

Damit ist das Geschäft abgeschlossen. Vielen Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Martin Imoberdorf und Alex Beer, SP-Fraktion, vom 11.9.2022, betreffend Neugestaltung Dorfplatz Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4633 / A

Tim Söllick, Präsident: Als Erstes darf Martin Imoberdorf von der SP-Fraktion sprechen, dann bitte Gemeinderatspräsident Franz Vogt, und danach die allgemeine Rednerliste. Okay, zuerst Franz Vogt, bitte!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Sie haben diese Interpellation gelesen. Ich will sie nun nicht noch einmal lesen. Es ist bekanntlich so, dass uns der Dorfplatz schon länger beschäftigt. Man hatte da mal die Variante I und II, die wir auch den Beteiligten vorgelegt hatten. Sie hielten aber nicht stand. Dann haben wir einen neuen Anlauf genommen, waren in Liestal beim zuständigen Departementschef, Isaak Reber. Dort hat man vereinbart, dass man das Projekt wieder aufnimmt, und in einem Workshop klärt, wie man weitergehen möchte. Mit dabei wären Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderats, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Mitglieder der Arbeitsgruppe Dorfkern, Anstösserinnen und Anstösser und weitere Informierte. Der Workshop sollte im November stattfinden. Das ist das, was es dazu zu sagen gibt. Dann wollen wir schauen, was dabei herauskommt.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Martin Imoberdorf, bitte!

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Geschätzter Franz, liebe Anwesende. Ich denke, ja, es ist für mich nachvollziehbar, was der Gemeinderat dazu äusserte. Eigentlich wäre meine einzige Frage gewesen: Wie sieht es terminlich aus? Denn da bin ich froh, steht es nun bevor, und du hast es auch schon beantwortet, denn, ihr könnt bestimmt sehen, es stammt aus dem ... – es ist bereits einige Jahre her. Und ich denke, es ist nun mal wirklich ein zentraler Platz für diese Gemeinde, wo ich finde, dass es wichtig ist, dass man dort auch Lösungen findet, die dem Leitbild irgendwo auch entsprechen. Ich bin sehr froh und hoffe, dass man im Verlauf dann einfach wieder darüber berichtet. Da wäre ich sehr dankbar. Merci.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen**. Die **Interpellation** gilt als **erfüllt**. Vielen Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Interpellation von René Amstutz, Grüne, vom 17.1.2025, betreffend Winterdienst auf Trottoirs – Aufgabe der Gemeinde?
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4769 / A

Tim Söllick, Präsident: Als Erstes darf René Amstutz sprechen. Er gibt es weiter an Andreas Bammatter. Bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: In diesem Fall, danke schön. Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Gemeinderat hat diese Interpellationen angeschaut, denn wir haben es auch beinahe wie im Sinn eines Postulats geprüft und haben nun berichtet. Wir kommen zum Schluss, dass die Lösung, die wir bis jetzt haben, sinnvoll und auch notwendig ist. Notwendig deshalb – vielleicht haben Sie es gelesen –, weil in der Basler Zeitung stand, Basel-Stadt wollte diesen Dienst anbieten, fand aber niemanden, der ihn ausführen kann. Es gibt meines Wissens bis jetzt keine Firma, die überhaupt bereit ist, die Trottoirs zu reinigen. Das Zweite ist: In Allschwil sieht die Situation natürlich noch ein wenig differenzierter aus. Wir haben erstens nicht so viel Personal. Wir müssten entweder neues Personal einstellen für diese paar Tage, könnte man sagen, in denen wir im Baselbiet wirklich Schnee haben, wo eine Schneeräumung ist. Zweitens ist es auch mit den Gerätschaften so. An diesem Tag, an dem es schneit, müssen diese Gerätschaften vorhanden sein. Diese haben wir nun

auch bisher nicht. Dann hat man eine Abwägung von Aufwand und Ertrag vorgenommen, und meint, es wäre zumutbar, dass die Personen, die Trottoir, einen Gehsteig haben, es selbst machen können.

Das grosse Problem – das wissen wir – sind eigentlich nicht die Mieterinnen und Mieter, die alleine eine Wohnung haben, sondern meistens geht es um Blöcke, die eine Verwaltung haben. Diese Verwaltung hat natürlich dasselbe Problem: An diesem Tag, an dem es schneit, sollten sie überall ihre Leute schicken, die Trottoirs zu räumen. Deshalb, die Fragen sind beantwortet und ich denke, man kann dem auf diese Weise entgegnen und sagen: Danke vielmals an die Verwaltung für die Abklärung.

Tim Söllick, Präsident: René Amstutz, bitte!

René Amstutz, GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Gemeinderat Bammatter. Ja, besten Dank für diese ausführliche Antwort. Die Antwort ist beinahe gegeben, es ist eine Antwort wie für ein Postulat und nicht für eine Interpellation. Ich komme dann noch einmal darauf zurück. Auch die zusätzliche Dokumentation, die Fachbeurteilung und das Winterdienstkonzept, die sie auch allen zur Verfügung gestellt haben, schätze ich. Die Unterlagen zeigen, dass es eine Herausforderung ist und die Regelung, die aktuell gilt, auch ein paar Probleme aufweist. Das zeigt auch die Fachbeurteilung. Kommunale Übernahmen des Winterdienstes auf den Trottoirs aus fachlicher, rechtlicher und organisatorischer Sicht würden eigentlich Sinn ergeben, wenn man die Fachexpertise anschaut. Der Gemeinderat hat sich nun entschieden, das aktuelle System beizubehalten, mit mehr Kommunikation, Information und Kontrolle. Voilà, primär aus finanzieller und personeller Sicht hat er es so entschieden. Ich bin noch nicht voll davon überzeugt.

Einige Fragen sind nicht beantwortet: Was passiert, wenn die Leute es nicht machen können, oder nicht einhalten etc.? Z. B. eine Frage, die nicht abschliessend beantwortet wird. Gleichwohl finde ich, es ist nun mit diesem Winterdienstkonzept auf der Ebene von Information und der internen Abläufe eine Verbesserung, das muss man auch sagen. Und Dank an die Gemeinde und Gemeindeverwaltung und den Gemeinderat, dass sie dies durchgeführt haben. Ich würde mich freuen, wenn ihr es in Zukunft weiterhin beobachtet, dass ihr erfasst, was die Rückmeldungen sind etc. Und vielleicht wieder schauen: Hey, wäre es trotzdem vielleicht auch in Zukunft möglich, im Sinn der Fachexperten, dass die Räumung der Trottoirs trotzdem von der Gemeinde gewährleistet wird, also in Zukunft durch die Gemeindeleute etc. Aber vielleicht müsst ihr mit diesem neuen Konzept noch ein paar Jahre Erfahrungen sammeln. Vielleicht wird es sich bewähren, vielleicht auch nicht.

Nicht zufrieden bin ich, dass es zwanzig Monate lang benötigte, um eine Interpellation zu beantworten. Es ist nicht ein Postulat, es ist nicht eine Motion, es ist eine Interpellation. Ihr habt nun gearbeitet und Ressourcen investiert, ohne dass wirklich ein klarer Auftrag dem Einwohnerrat vorliegt. Man hätte das hier entscheiden können, ob wir den Auftrag geben wollen. Voilà, ich hoffe, es lohnt sich in Zukunft. Insofern bin ich mit der Antwort auf die Interpellation mässig zufrieden, vor allem, weil es lange gedauert hat. Danke.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Entschuldigung, wenn ich noch schnell ohne Wortmeldung ... Die Beantwortung war am 17.1.2025. Es ist nun mal erst jetzt traktandiert.

René Amstutz, GLP/Grüne-Fraktion: Ich lese 26 auf dem Bericht des Gemeinderats?! – Macht nichts, es sind 20 Monate seit der Einreichung dieser Interpellation.

Tim Söllick, Präsident: Okay, vielen Dank, René Amstutz und auch noch vielen Dank an Andreas Bammatter. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen** und die **Interpellation** gilt als **erfüllt**. Vielen Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Interpellation von Melanie Butz und Tobias Stöcklin, die Mitte-Fraktion,
vom 24.8.2025, betreffend Zukunft des Wasserturms Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4797 / A

Tim Söllick, Präsident: Zuerst dürfen die Interpellanten sprechen, danach dann Christoph Morat. Bitte! – Okay, Christoph Morat, bitte zuerst!

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, liebe Melanie, lieber Tobias. Danke schön auch für diese Frage. Auch bei dieser ging es etwas länger, bis die Beantwortung vorlag. Dafür ist sie, glaube ich, beinahe lückenlos. Ansonsten bin ich gespannt auf eure Rückmeldungen. Ich muss euch vielleicht noch, was den Wasserturm angeht, eine kleine Geschichte zur Erheiterung erzählen. 1983 habe ich als junger Berufsmann bei der Firma Jean Cron angeheuert und hatte den Auftrag, den Deckel oben beim Wasserturm mit einem Helikopter zu betonieren. Es war ein wahnsinnig spannender Job, ich habe es gerne gemacht. Und hätte ich damals schon gewusst, dass das Ding nicht bewilligt wurde, und es mir als Gemeinderat 40 Jahre später auf den Fuss fällt, hätte ich vielleicht auch etwas gesagt. Aber als junger Berufsmann macht man halt, was einem gesagt wird. Dies nur so am Rande. Ich habe diesen Deckel damals tatsächlich betoniert, oder geholfen, zu betonieren.

Und jetzt zur Beantwortung: Dem Gemeinderat ist es natürlich auch nicht recht, dass man den Wasserturm, der sehr beliebt ist, und bei dem auch teilweise Apéros stattfinden etc., jetzt nicht mehr benutzen kann. Aber, wenn ein solches Bauwerk, und gerade auch in dieser Höhe, von einer Behörde nicht freigegeben ist, und auch wenn man so viele Jahre später feststellt, muss man einfach handeln. Dann wäre es fahrlässig bis grob fahrlässig, wenn man nichts unternehmen würde, und tatsächlich immer noch Personen rauf liesse. Aus diesem Grund mussten wir ihn leider schliessen. Wir haben in den Antworten versucht, zu beschreiben, wie es nun weitergeht. Sobald die Baubewilligung vorliegt, gehen wir an die Sache ran und setzen das Sicherheitskonzept so um, wie wir es in der Beantwortung der Interpellation beschrieben haben.

Tim Söllick, Präsident: Okay, vielen Dank. Melanie Butz, bitte!

Melanie Butz, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Wir danken herzlich für diese Informationen. Wir freuen uns auf die weitere Entwicklung des Wasserturms und auf die Ergebnisse, die noch kommen.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es sonst noch Wortmeldungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen** und die **Interpellation** gilt als **erfüllt**.

Ich schaue gerade auf die Uhr. Es ist 19.27 Uhr. Ich schlage vor, wir machen jetzt bis 19.40 Uhr eine kurze Pause, danach kommt das Info-Fenster und die Fragestunde. Vielen Dank.

PAUSE

Tim Söllick, Präsident: Also willkommen zum zweiten Teil. Wir beginnen mit dem

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Wem darf ich das Wort erteilen? Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich habe eine Mitteilung. Es ist beinahe zehn Jahre her, beinahe zehn Jahre, die wir benötigten, um die, ich sage es einfach mal «salopp», Lex Henry Vogt zu machen. Und zwar geht es ums Lichtsignal an der Fab-

rikstrasse. Am 12.9.2016 wurde es gemacht, und mittlerweile seht ihr ja, dass das Lichtsignal in Betrieb ist und offensichtlich auch funktioniert. Ich hoffe, Henry hat Freude daran. Und ich hoffe, dass dieses Lichtsignal auch weiterhin zuverlässig funktioniert und uns dienen wird, sage und schreibe nach zehn Jahren!

Tim Söllick, Präsident: Franz Vogt, bitte!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich habe noch die Mitteilung, dass wir am Montag Besuch von einer Delegation aus Pfullendorf erhalten. Es kommt der Bürgermeister mit einer Delegation zu uns. Wir werden sie empfangen, wir haben ein kurzes, geschäftliches Gespräch. Dann zeigen wir ihnen vor allem auch das Tropeninstitut und den Swiss Innovation Park. Abends werden wir dann noch im Rössli sein und lassen den Tag ausklingen. Sie werden auch hier übernachten und am nächsten Morgen wieder heimreisen.

Tim Söllick, Präsident: Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Ohne viel Worte. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt drei Papiere auf den Tisch erhalten. Das eine ist die Velo-Challenge. Vielleicht haben ein paar bereits mitgemacht, ansonsten kann man jederzeit einsteigen, es ist selbsterklärend. Es wäre wunderbar, wenn sich die eine oder andere Person, die auf dem Velo ist, auch zur Verfügung stellt, damit man ein wenig sieht, wie wichtig auch das Velofahren wird.

Dann, analog wie wir es kennen, das Programm vom Museum für August bis Dezember. Es war auch bereits im Allschwiler Wochenblättli, aber wichtig ist, dass auch Sie wissen, was im Museum läuft.

Und dann, ganz toll, heute frisch gedruckt: Tag der Kultur. Ihr seht unten rechts www.tag-der-kultur.ch. Dort habt ihr alle Informationen über diesen tollen Tag, den wir jetzt mal in dieser Form anbieten möchten und geniessen. Es ist bekanntlich ein längeres Projekt, welches im Januar begonnen hat. Entsprechend haben sich verschiedene Personengruppierungen gemeldet, die etwas bieten wollen. Das Wichtigste ist, dass wir von der ganzen Gemeinde und vielleicht auch noch Menschen ringsum eintauchen können. Ähnlich wie es in der Wirtschaft ist, Tag der Wirtschaft oder Wirtschaftsnacht, oder Museumsnacht, machen wir einen Tag der Kultur am 17. Oktober. Nehmen Sie es zur Kenntnis, sagen Sie es weiter und kommen Sie uns besuchen, und nicht mich, sondern diese Veranstaltungen! Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Sonst sehe ich nichts Weiteres aus dem Gemeinderat. Vielen Dank. Wir kommen sodann zur

FRAGESTUNDE

Tim Söllick, Präsident: Wir haben eine Menge Fragen erhalten, elf Stück! Wir gehen sie mal entsprechend der Reihenfolge, wie ich sie erhalten habe, durch. Ich bitte die Fragestellenden auch, die Fragen bitte fürs Protokoll noch einmal vorzulesen, und dann hoffe ich, bekommen wir die Antwort vom Gemeinderat. Wir beginnen mit Christian Jucker. Die erste Frage, die ich habe, stellt sich zur Bewilligungspflicht für E-Scooter. Bitte, Christian!

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Diese Frage ist zur Bewilligungspflicht für gewerbliche E-Scooter gemäss § 21, Polizeireglement. Mit dem revidierten Polizeireglement wurde die Inverkehrsetzung von gewerbsmässig vermieteten E-Scootern, Mikro-Cars, E-Fahrrädern und E-Trottinetts bewilligungspflichtig, § 21 gesteigerter Gemeingebrauch. Im Strassenbild sind weiterhin zahlreiche Miet-E-Scooter präsent. Dies wirft die Frage auf, wie die Bewilligungspflicht in der Praxis umgesetzt wird und welche Wirkung sie entfaltet. Ich bitte daher den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- > Wie viele Bewilligungen für gewerbsmässig vermietete E-Scooter wurden seit in Krafttreten der Bestimmungen erteilt und an welche Anbieter?

- > Welche Rahmenbedingungen und Auflagen über Flottengrösse, Abstellzonen, Gebühren nach § 21 b), Dauer, Nachweise, gelten für eine solche Bewilligung, und in welchen Fällen kann sie verweigert werden?
- > Hat die Bewilligungspflicht einen messbaren Effekt auf die Zahl der im Gemeindegebiet in Verkehr gebrachten E-Scooter?

Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Wem kann ich die Frage geben? Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Geschätzter Christian Jucker, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Präsident. Es steht im Reglement, dass man kurze Fragen in der Fragestunde stellen kann. Das ist nicht eine Fragestunde, das ist eine Interpellation oder allenfalls eine kleine Anfrage, die man schriftlich einbringen kann, sodass dann auch die Verwaltung entsprechend Antwort geben kann. Ich habe diese Fragen nun hier nicht präsent, bewusst, weil ich denke, so komplizierte Dinge gehören nicht in die Fragestunde, sondern soll man mit anderen Vorstössen eingeben. Wir werden uns Mühe geben, entsprechend kleine Anfragen auch in einer kurzen Zeit zu beantworten, aber diese ist sehr ausführlich. Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Christian Jucker, eine Antwort darauf?

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin natürlich erwartungsgemäss nicht wirklich zufrieden. Ich würde vom Gemeinderat eine offene Kommunikation sehr begrüssen. Wenn ihr die Fragen nicht beantworten wollt, sagt es mir doch dies zuvor – ich glaube, es sind zwei Wochen, seit ich sie geschickt habe –, dies würde wahnsinnig helfen. Dann hätte ich die kleine Anfrage nämlich rechtzeitig einreichen können, und wir würden nun nicht hier sitzen und ratlos keine Antwort dazu hören. D. h., bitte das nächste Mal offen kommunizieren, mir sagen, wenn ihr es nicht beantworten wollt. Dann können wir es anschauen. So sind wir nun ziemlich am Rand und wissen nichts, wie erwähnt, sind ratlos. Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Ich kann dich verstehen, Christian. Wir haben schon einmal über die Zeit der Einreichungsdauer diskutiert, dass man nicht einen Tag zuvor einreichen soll. Daran hast du dich ausgezeichnet gehalten. Allerdings sehe ich dieses Geschäft nun nicht als zeitkritisch, auch wenn du recht hast, dass man es kontrollieren sollte. Wenn es zeitkritisch gewesen wäre, hätten wir bestimmt auch geschaut, dass wir die Antwort hätten bereithalten können. Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Ich würde sagen, wir gehen zur zweiten Frage über. Erst noch einmal Christian Jucker, bitteschön!

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Die Frage ist relativ ausführlich. Andreas, kannst du, bevor ich sie vorlese und mir die Mühe mache ... Hast du für diese eine Antwort? Ich glaube, sie ist auch bei dir. Es ist eine Frage zur Vorlage «Museum Allschwil, Haus für Kultur und Geschichte!» Aha, die ist bei Christoph. Du hast eine Antwort?

Gut, also, meine Frage zum Stand Vorlage Museum Allschwil, Haus für Kultur und Geschichte: Im Jahr 2022 lehnte der Einwohnerrat den Planungskredit über 265 000 für das Museum ab. Seither wird das Museum provisorisch weiterbetrieben. An Ostern 2025 wurde das Museum wieder eröffnet. Das denkmalgeschützte Gebäude soll bis 2028 saniert und aufgewertet werden. Der Gemeinderat stellte eine überarbeitete Vorlage bzw. Sondervorlage, Planungsgrundlagen zum Betriebskonzept, Ausstattung, Sanierung durch bauliche Massnahmen, für das Jahr 2026 in Aussicht.

- > Was ist der aktuelle Stand bei der Erarbeitung der Neuauflage der Museumsvorlage?
- > Kann die Vorlage dem Einwohnerrat noch im Jahr 26 vorgelegt werden? Falls nein, welche Gründe gibt es für diese Verzögerung und mit welchem neuen Zeitplan ist zu rechnen?
- > Wie soll es mit dem Budget 27 weiterlaufen?
- > Bleibt bei einer Verschiebung das Ziel der dauerhaften Wiedereröffnung nach erfolgter Sanierung im Jahr 2028 realistisch?

Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Christoph Morat, bitte!

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Christian. Das sind doch kurze Fragen, geht doch! Der aktuelle Stand der Erarbeitung der Neuauflage des Museums ist weit fortgeschritten, die Entwürfe liegen vor und befinden sich in der abschliessenden, internen Abstimmung. D. h. innerhalb des Ressorts, innerhalb des Bereichs BRU.

Kann die Vorlage dem Einwohnerrat 2026 vorgelegt werden? Jawohl, nach heutigem Terminplan soll diese Sondervorlage noch im Jahr 2026 an den Einwohnerrat überwiesen werden. Ob sie im 2026 im Einwohnerrat behandelt wird, ist ein anderes Papier, aber sie kommt.

Frage 3 erübrigt sich. Es gibt keine Verzögerungen im 27, insofern müssen wir im Budget 27 auch noch keine Anpassung vornehmen.

Frage 4: Mit einer Verschiebung des Ziels einer dauerhaften Wiedereröffnung nach erfolgter Sanierung 28 ... das wird wahrscheinlich nicht reichen, es wird wahrscheinlich später sein. Denn man muss dann das ganze Konzept darauf wieder anpassen. Da sprechen wir schon von einem grösseren Geschäft. Also, dies können wir nicht im 28 halten, aber die grossen Arbeiten werden im 27 stattfinden. Wir gehen mal von Jahr 30 oder 31 aus, in welchen es dann mit dem Konzept und mit der Eröffnung des definitiven Betriebs dem Stand entspricht. Bis dahin aber haben wir bekanntlich einen provisorischen Betrieb und den halten wir auch aufrecht. Wir sind auch gewiss stolz auf das, was da alles von den Verantwortlichen in der Abteilung Kultur geleistet wird.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Christian Jucker, bitte!

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Ja, super, geht doch! Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Die nächste Frage wäre von Anja Oser, bitte schön!

Anja Oser, SP-Fraktion: Geschätzter Rat, geschätzte Anwesende. In verschiedenen Medien wird über die zunehmende Ausbreitung des nordamerikanischen Waschbären berichtet. Die Gemeinde Allschwil hat dazu im April auch Informationsflyer auf der Website aufgeschaltet. Nun ist meine Frage:

- > Wie viele Waschbärsichtungen bzw. -nachweise wurden in Allschwil in den letzten drei Jahren registriert und wie hat sich die Anzahl entwickelt? Gibt es Hinweise darauf, dass sich in Allschwil bereits eine stabile Population etabliert hat?

Tim Söllick, Präsident: Biljana Grasarevic, bitte!

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Nach heutigem Kenntnisstand gab es in Allschwil in den Jahren 2024 und 2025 keine registrierten Waschbär-Nachweise. Die ersten Beobachtungen wurden im Frühling 26 gemacht. – Ist etwas nicht korrekt? Die Frage war doch zum Waschbären, oder? – Okay, gut, also, ich war kurz verwirrt, ob ich richtig liege. Also, wie erwähnt, die ersten Beobachtungen hatten wir im Frühling 26. Seit diesem Zeitpunkt sind der Gemeinde, und der Jagdaufsicht, mehrere Sichtungen bekannt und Spuren nachzuweisen, unter anderem beim Winzerpark, beim Feuerwehrmagazin, am Quellenweg und im Hinterdorf. Insgesamt hatten wir sechs lokale Beobachtungen bzw. Hinweise darauf. Dabei ist aber zu beachten, dass diese Meldungen durchaus dasselbe Tier betreffen könnten.

Beim kantonalen Monitoring wurde für Allschwil bisher keine weitere Meldung aus dem Jahr 2026 erfasst. Auch gab es in Allschwil keine Abschüsse von Waschbären.

Ob sich in Allschwil bereits eine stabile Population entwickelt hat, kann man aufgrund der Daten, die wir bisher haben, noch nicht oder nicht beurteilen. Die Entwicklung wird gemeinsam mit der lokalen Jagdaufsicht und mit der kantonalen Fachstelle weiterhin beobachtet.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Anja Oser, bitte!

Anja Oser, SP-Fraktion: Danke vielmals.

Tim Söllick, Präsident: Wunderbar, vielen Dank. Wir kommen zur Frage von Martin Imoberdorf, bitte!

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gemeinderat. Ich habe eine Frage im Zusammenhang mit einem Postulat zum Thema «Sicherer Schul-

weg, Tempo 30 beim Schönbuchstrasse Schulhaus», welches im Juni im Landrat besprochen und überwiesen wurde, eingereicht und zwei Fragen an den Gemeinderat gerichtet:

- > Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die Kantonsstrasse nach dem Schulhaus Dorf eine erhöhte Gefahrenzone für die Schulkinder ist?
- > Wird der Gemeinderat einen Antrag zur Prüfung einer Einführung von Tempo 30 auf der Schönbuchstrasse ab Haus Nr. 22 bis zum Eingang des Dorfzentrums, Haus Nr. 2, an den Kanton richten, um die Sicherheit der Schulkinder zu erhöhen, und mit einem Gutachten klären lassen?

Tim Söllick, Präsident: Wem vom Gemeinderat darf ich es geben? Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Entschuldigung, ich musste schnell in unserem Fragensalat die richtige Antwort herauspicken, damit wir nachher noch finden, wer wofür zuständig ist – Entschuldigung fürs Warten. Also, Frage 1, ob sich der Gemeinderat bewusst ist, dass die Kantonsstrasse nach dem Schulhaus Dorf eine erhöhte Gefahrenzone für die Kinder ist: Ich möchte dazu erst einmal festhalten, dass «erhöhte Gefahrenzone» eine Wortschöpfung des Fragestellers ist. Das gibt es nicht als offiziellen Terminus, einfach mal so zum Darstellen. Es geht nämlich darum: Der Gemeinderat ist sich bestimmt der Situation bewusst, was es heisst, welche Situation wir dort haben. Sowohl auf der Klarastrasse als auch auf der Schönbuchstrasse, und dass sie für die Schulwegsicherheit auch bekannt ist, das ist klar. Die Situation wurde bereits verschiedentlich thematisiert und ist auch Gegenstand vom Einwohnerratsgeschäft 2726, Sicherheit für Kindergarten- und Primarschulkinder Kantonsstrasse. In diesem Zusammenhang wird dann auch die ganze Sache aufgearbeitet.

Die zweite Frage war: Wird der Gemeinderat einen Antrag zur Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf dem Schönbuchstrassen-Abschnitt einreichen? Auch hier werden wir das, was bis jetzt immer gesagt wurde, weiterziehend so verfolgen, nämlich genau das: Zuerst einmal die Massnahmen zur Umsetzung von Tempo 30, wie der Volksentscheid lautete, werden wir umsetzen. Und zwar nämlich auf jenen Strassen, wie es von der Bevölkerung gewünscht wurde. Das werden wir machen. Dann werden wir anschliessend die Situation auch auf den Kantonsstrassen beurteilen und das weitere Vorgehen mit dem Kanton abstimmen können. Das ist das etappierte Vorgehen, welches stets so konzipiert wurde und auch sinngemäss der Haltung des Kantons entspricht. Dieser hatte uns auch signalisiert, dass er einem entsprechenden Antrag gegenüber grundsätzlich offenstehen würde. – Aber: Sobald die Umsetzung von Tempo 30 auf Allschwiler Gemeindestrassen abgeschlossen ist. Der zweite Satz ist eben wichtig, den man verstehen muss, nicht nur der erste. Dann weiss man auch, weshalb ich immer gesagt habe, dass solche Dinge subordiniert sind. Die sind nicht einfach irgendwo im Nirwana, sondern sie haben einen Zusammenhang. Aber bitte: Zuerst das eine, dann das andere. So, ich hoffe, du bist mit meinen Antworten zufrieden, sonst freue ich mich auf Nachfragen.

Martin Imoberdorf, SP-Fraktion: Die Antwort kann ich nachvollziehen. Ich bin hauptsächlich gespannt auf den Zeitplan, ja.

Tim Söllick, Präsident: Okay, vielen Dank. Dann kommen wir zur nächsten Frage von Matthieu Dobler, bitte!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Präsident. Im Legislaturziel 5 des Gemeinderats für die aktuelle Legislatur ist Folgendes festgehalten:

Der Gemeinderat legt jährlich eine Klimaanpassungsbilanz mit Kennzahlen zu realisierten Begrünungsprojekten, neuen Bäumen, entsiegelten Flächen und Massnahmen zur Kühlung im öffentlichen Raum vor, um die Erreichung der langfristigen Klimaziele zu sichern.

Im Geschäftsbericht des vergangenen Jahres 2025 steht zu dieser Legislatur, dass auf die Erstellung einer Klimaanpassungsbilanz verzichtet wurde. Deshalb meine Frage:

- > Ist für das Jahr 2026, 27 und 28 jeweils eine detailliertere Klimaanpassungsbilanz vorgesehen? Falls ja, welche Kennzahlen werden dazu benutzt und wie wird sie dann allenfalls der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht? Vielen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Biljana Grasarevic, bitte!

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Ja, der Gemeinderat hält am Legislaturziel einer jährlichen Klimaanpassungsbilanz fest. Für die Jahre 26 bis 28 soll auch die Berichterstattung schrittweise konkretisiert und mit messbaren Kennzahlen hinterlegt werden. Vorgesehen sind insbesondere Kennzahlen zu realisierten Begrünungsmassnahmen, neu gepflanzten Bäumen, entsiegelten Flächen sowie Massnahmen zur Beschattung und Kühlung des öffentlichen Raums. Gleichzeitig wird zurzeit auch für die Gesamtgemeinde ein Schwammstadtkonzept erarbeitet. Dieses soll bis Mitte 27 vorliegen und wird eine wichtige Grundlage bilden, um die Kennzahlen und das künftige Monitoring systematisch weiterzuentwickeln.

Wie es zugänglich gemacht werden soll: Die Ergebnisse sollen oder werden transparent im Rahmen der jährlichen Berichterstattung zu den Legislaturzielen bzw. im Geschäftsbericht ausgewiesen und daher der Bevölkerung zugänglich gemacht.

Tim Söllick, Präsident: Matthieu Dobler!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Ist gut, vielen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Der nächste wäre Niggi Morat, bitte!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Gemeinderat. An einer der letzten Sitzungen überwies der Landrat einstimmig eine Petition zur Wiederherstellung der Buslinie 61 bis zum Friedhof. Damit zeigt er mit aller Deutlichkeit, dass der öV für das Mobilitätsverhalten zwingend notwendig ist. Mit dem Fahrplanwechsel und der Ankündigung in den Medien, sollen nun weitere öV-Linien eingeschränkt werden. Dazu meine zwei Fragen:

- > Ist der Gemeinderat mit dem Kanton in Kontakt und fordert konsequent den für uns äusserst wichtigen Service public ein?
- > Und zweitens, wenn ja, wann und wie?

Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Auch besten Dank für diese Frage. Nachdem wir heute bereits das 6er-Tram hatten und einen Vorstoss über den 33er-Bus haben, kann ich jetzt zu diesen Fragen Antwort geben. Ja, der Gemeinderat steht mit dem Kanton und den Transportunternehmen in engem Kontakt und setzt sich natürlich für eine konsequente und attraktive, direkte, auch für mobilitätseingeschränkte Personen zumutbare öV-Erschliessung in Allschwil ein. Wir haben es auch hier schon mehrmals diskutiert.

Wie das geschieht: Es erfolgt sowohl formell über Fahrplananhörungen als auch im direkten Gespräch mit dem Kanton und mit den Transportunternehmen, wie ich zuvor schon erwähnte. Die Gemeinde hatte ihre Forderungen bereits in den Fahrplananhörungen 26 und 27 eingebracht. Es waren eingereichte Petitionen, die wir unterstützt und weitergeleitet haben. Zuletzt haben wir auch am 13. August mit dem Kanton verschiedene Lösungsvarianten besprochen, insbesondere, wie bereits erwähnt wurde, zur Linie 61 bis zum Friedhof sowie zu anderen Linien.

Ein erstes, konkretes Ergebnis liegt auch schon vor: Die Linie 38 kann ab Dezember 26 am Sonntag von Betriebsbeginn bis abends um acht Uhr über die Gartenstrasse geführt werden. Diese Lösung soll auch nach der Umstellung mit E-Bus weitergeführt werden. Bei der Linie 61 ist die definitive Rückmeldung noch ausstehend. Der Gemeinderat hält aber an seinem Anliegen fest, die direkte und gute Zugänglichkeit zur Erschliessung des Friedhofs möglichst wieder herzustellen. Der Gemeinderat wird die Interessen von Allschwil gegenüber dem Kanton auch zukünftig immer mit Nachdruck vertreten.

Tim Söllick, Präsident: Niggi Morat, bitte!

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Herzlichen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Da kommt die nächste Frage. Astrid Kaiser, bitte!

Astrid Kaiser, GLP/Grüne-Fraktion: Nun komme ich auch noch mit einer etwas komplexeren Verkehrsfrage. Geschätzte Anwesende, geschätzter Gemeinderat. Ist Tempo 80 auf der Neuweilerstrasse

noch zeitgemäss? 2024 wurde auf einem Teilstück der Neuweilerstrasse im Waldbereich Tempo 60 eingeführt. Auf den anschliessenden rund 900 Metern bis kurz vor der Obstplantage Wydenhof gilt weiterhin noch Tempo 80, bevor die Geschwindigkeit erneut wieder auf 60 und im Ort auf 50 km/h reduziert wird. Die schmale Strasse verfügt über keinen geschützten Bereich für Radfahrende. Zudem wird vor Wildwechsel gewarnt. Bei Tempo 80 sind der Bremsweg länger und die Unfallfolgen für ungeschützte Verkehrsteilnehmende schwerwiegender. Meine Fragen sind:

- > Wie rechtfertigt der Gemeinderat Tempo 80 auf diesem kurzen Abschnitt aus Sicht der Verkehrssicherheit?
- > Wäre eine durchgehende Begrenzung auf 60 km/h bis zur Ortseinfahrt nicht sicherer und verhältnismässiger?
- > Wäre der Gemeinderat bereit, beim Kanton eine entsprechende Überprüfung anzuregen?

Tim Söllick, Präsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Das ist eine einfache Frage mit einer einfachen Antwort: Es handelt sich um eine Kantonsstrasse. Die Gemeinde ist nicht zuständig. Das ist die Kurzversion. Es gibt noch zwei, drei Varianten dazu, über die man Worte verlieren kann, damit dem auch gebührend Rechnung getragen ist. Es ist eine Kantonsstrasse und somit liegt auch die Festlegung und Beurteilung der Höchstgeschwindigkeiten in der Zuständigkeit des Kantons. Dementsprechend hat die Gemeinde auch dazu nichts zu sagen. Der Abschnitt mit Tempo 80 befindet sich auch ausserhalb des Siedlungsgebiets, deshalb ist es auch korrekt, dass es so ist. In diesem Bereich bestehen keine Trottoirs und auch überhaupt kein relevantes Fussgängeraufkommen. Das ist auch so. Dass es dort einen Wildwechsel gibt und dass dort teilweise Velo gefahren wird, ist dem Kanton durchaus bekannt. Aus Sicht der Gemeinde besteht aber aus all diesen Gründen, vor allem weil es einfach eine Kantonsstrasse ist und der Kanton für die Geschwindigkeitsbemessung zuständig ist, schlicht kein Anlass, die durch den Kanton festgelegte Höchstgeschwindigkeit zu beurteilen oder mehr oder weniger zu rechtfertigen.

Dann, ob der Gemeinderat bereit wäre, eine Überprüfung anzuregen: Wie ich zuvor erwähnt habe, liegen dem Gemeinderat keine Erkenntnisse vor, welche eine Überprüfung der Geschwindigkeit überhaupt rechtfertigen würden. Die Gemeinde hat auf einer Kantonsstrasse ohnehin eigentlich nur, ja, überhaupt nur beschränkt Einfluss, wenn überhaupt. Dies ist eigentlich etwas, was der Kanton machen muss. Wenngleich ein bestimmtes Ereignis eintreten würde, es ist Sache des Kantons, der es festlegen wird. Ich glaube, der Gemeinderat kann nichts dazu beitragen.

Tim Söllick, Präsident: Astrid Kaiser, bitte!

Astrid Kaiser, GLP/Grüne-Fraktion: Besten Dank für diese Antwort. Ich nehme es so zur Kenntnis, auch wenn ich nicht völlig damit zufrieden bin. Aus meiner Sicht bleiben insbesondere bezüglich der Verkehrssicherheit noch Fragen offen. Ich werde deshalb am Thema dranbleiben, allenfalls einen entsprechenden, politischen Vorstoss prüfen.

Tim Söllick, Präsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Liebe Astrid, danke schön für diese Präzisierung. Ich gebe einfach mal schnell zu bedenken: Ein politischer Vorstoss, über den die Gemeinde befinden kann, muss das Gemeindegebiet betreffen. Einfach dass ihr das mal schnell seht. Wenn es eine Kantonsstrasse betrifft, wäre dieser Vorstoss auf Stufe Landrat oder Stufe Kanton zu machen, aber nicht auf Stufe Gemeinde.

Tim Söllick, Präsident: Astrid Kaiser, noch einmal.

Astrid Kaiser, GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich habe noch eine Antwort darauf. Ja, dann würde ich mich vielleicht an einen Landrat von Allschwil wenden. In diesem Fall würde ich es vielleicht dort vorbringen. Merci.

Tim Söllick, Präsident: Okay, vielen Dank. Mehmet Can als Nächstes!

Mehmet Can, SP-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe schon beinahe Angst, die Antwort zu erwarten, weil es sich bei meiner Frage um eine Kantons-

strasse handelt. Aber trotzdem wage ich mal diese Anfrage, weil berechtigtes Interesse der Bevölkerung besteht. Ich lese meine Frage mal fürs Protokoll vor, und dann können wir einfach schauen: Auf dem Abschnitt der Baslerstrasse zwischen dem Kreisel bei der UBS-Filiale und der Einmündung der Binningerstrasse auf Höhe der Raiffeisenbank sind regelmässig Fahrzeuge abgestellt, obwohl dort keine signalisierte Parkfelder bestehen. Nach Beobachtung betrifft dies auch Fahrzeuge und Motorräder ansässiger Gewerbetreibender, die den Abschnitt offenbar als betriebseigene Parkplätze benutzen. Wir wissen, die Zuständigkeitskontrolle obliegt dem Kanton, das ist korrekt, für Falschparkierer auf Kantonsstrassen.

Allerdings ist unklar, welche Rolle und Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde in diesem Zusammenhang zustehen, insbesondere dort, im Hinblick auf die wiederkehrenden Stausituationen am Morgen und Abend. Da ist das Problem, dass es am Morgen, wenn dann die Trams fahren, auf beiden Seiten, egal ob Richtung Dorf oder Richtung Kreisel, zu einem erhöhten Stau kommt. Da frage ich mich: > Weshalb ist es seit Jahren so, dass, obwohl es dort keine Parkplätze gibt, Fahrzeuge parkieren, und einfach nichts passiert?

Kommt noch hinzu, dass ansässige Gewerbler ihre Motorräder oder weiss Gott was dort hinstellen, und es passiert nichts. Jawohl, ich weiss, es ist eine Kantonsstrasse, aber die Gemeinde kann selbstverständlich den Kanton anstossen. Ich bin mir einfach beinahe sicher, dass der Kanton Kontroll- und Aufsichtsrecht an die Gemeindepolizei abgegeben hat. Da kann man auch einmal kontrollieren. So, jetzt meine Frage an den Gemeinderat:

> Was denkt der Gemeinderat, wie er dies künftig kontrollieren und verbessern will?

Vielen Dank für die Antwort.

Tim Söllick, Präsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident, lieber Mehmet Can. Also die letzte Frage, die gestellt wurde, ist nicht die, welche vorliegt. Dies einfach mal zum Sagen. Aber auch darauf habe ich eine Antwort. Aber zuerst zu den anderen Fragen, welche du dir teilweise bereits selbst beantwortet hast. Es handelt sich auch hier um eine Kantonsstrasse, das ist richtig so. Da hätte man auch von Beginn weg draufkommen können, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde beschränkt ist. Jetzt muss man es so sagen: Die Gemeindepolizei kontrolliert vornehmlich die Gemeindestrassen – genau, denn der Kanton kümmert sich um seine eigenen vorhandenen Strassen. Er kann bei Bedarf auch Bussen ausstellen, aber grundsätzlich ist es nicht so drin. Jetzt muss man aber wissen, in diesem Abschnitt, der da zitiert wird, besteht kein Parkverbot. Nur weil am Boden keine Striche sind, heisst das noch lange nicht, dass man dort nicht parkieren darf. Es ist umgekehrt: Wo es nicht explizit verboten ist, ist parkieren erlaubt. Das muss man halt wissen.

Dann ist es so, dass diese Fahrzeuge, die dort stehen ... – da gibt es keine verkehrsrechtliche Anordnung oder Massnahmen jeglicher Art, die beim Kanton zur Beurteilung vorliegen, damit man etwas ändern müsste. Da wird in diesem Sinn gewissermassen nichts geschehen.

Dann, ob dem Gemeinderat bekannt sei, dass dort Töffs und andere Motorräder von Gewerbetreibenden, man weiss ja, wer es ist, die dort sind, stehen. Das ist auch so, das ist bekannt, das wissen wir, dass es so ist. Jetzt ist es so: Solange diese Fahrzeuge ordnungsgemäss zugelassen sind, ist es nicht verboten, dass man sie dort hinstellen darf, falls sie noch innerhalb der Möglichkeiten so parkiert sind, wie die Vorschriften es sagen. Auch dies ist vollkommen legal und kann man so machen. Das Abstellen ist zulässig und es wird durch den Kanton nicht geahndet. Dass es eine Kantonsstrasse ist, das wissen wir, das müssen wir nicht noch einmal aufnehmen.

Dann: Was macht der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Falschparkierung auf diesem Abschnitt? Da muss ich sagen, es handelt sich nicht um eine Falschparkierung, sondern um eine ganz normale Parkierung, wie es halt zulässig ist. Und somit wird der Gemeinderat da auch gar nichts unternehmen können.

Dann: die Massnahmen zur Intervention beim Kanton, Verhinderung zusätzlicher Markierungen etc.: Auch da ist klar, sieht der Gemeinderat weder Anlass noch sonst eine Möglichkeit, etwas zu unternehmen. Weshalb, wissen wir bereits – richtig, weil es eine Kantonsstrasse ist. Auch verstärkte Kontrollen durch die Gemeinde, die wir machen werden und machen können, sind nämlich nicht vorgesehen.

Nun noch schnell zur letzten Frage. Was werden wir besser oder anders machen? Wir werden nichts besser machen, weil wir bis anhin nichts falsch gemacht haben, und anders machen werden wir dementsprechend auch nichts, denn, ihr wisst es bereits, es handelt sich um eine Kantonsstrasse, für die der Kanton zuständig ist. Das Strassenverkehrsgesetz lässt diese Parkierung auf diese Weise zu. Es ist weder regelwidrig noch sonst etwas. Es ist deshalb auch nichts, was man beanstanden könnte. In diesem Sinn hoffe ich, dass die Antworten auf deine Fragen zufriedenstellend sind.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Mehmet Can!

Mehmet Can, SP-Fraktion: In einem hat der Gemeinderat Philippe Hofmann recht: Es ist eine Kantonsstrasse. Ich sehe ein, dass die Gemeinde dort nicht viel unternehmen kann. Aber es ist wiederum ein Widerspruch, wenn Fahrzeuge, die strassentauglich sind und Kennzeichen haben, auf der Strasse parkieren dürfen. Dann dürfen sie das. Aber Motorräder vom Gewerbe, die kein Kennzeichen haben, sind entsprechend nicht auf der Strasse zugelassen. Aber, es ist okay. Ich nehme es hin, ob ich jetzt mit der Antwort zufrieden bin. Ich lenke es zurück auf die Kantonsstrasse und bedanke mich selbstverständlich bei Herrn Hofmann für die Antwort.

Tim Söllick, Präsident: Herzlichen Dank. Nächste Frage wäre von Hanna Kirchhofer, bitte!

Hanna Kirchhofer, GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe auch noch zwei Fragen zu Strassen, und zwar zu Kantonsstrassen. Ich hoffe ... – Ich glaube, die Strassen bewegen heute, bis auf den Waschbären betrifft es alles nur Strassen. Also, bei der ersten Frage geht es um den Strassenbelag der Schönenbuchstrasse. Auch diese hatten wir zuvor als Frage, also gewissermassen den Abschnitt Klarastrasse – bis Kreisel Dorf, der vor dem Schönenbuchschulhaus ist. Gemäss der Baustelleninformation der Gemeinde vom 22.9.2025 sollten diese Deckbelagsarbeiten in den Sommerferien 2026 ausgeführt werden und erledigt sein. Meiner Meinung nach wurde dieser Belag noch nicht erneuert, und die Fahrbahn ist insbesondere mit dem Velo doch eher schwierig befahrbar. Deshalb meine Frage:

- > Weshalb wurden diese Arbeiten noch nicht durchgeführt?
- > Bis wann werden sie erledigt sein?

Es ist als Frage formuliert. Ich weiss, es ist eine Kantonsstrasse, aber deshalb als Frage formuliert.

Tim Söllick, Präsident: Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Wir haben gesehen, wir wechseln ein wenig ab. Richtig, es ist eine Kantonsstrasse, aber ich kann Antwort geben. Aufgrund der Verzögerungen und zusätzlichen Abklärungen durch das kantonale Tiefbauamt erfolgte es eben nicht wie vorgesehen im Sommer 26, und wurde auf den Sommer 27 verschoben. Wir haben aber auch von der Gemeinde aus auf das Allschwiler Dorffest hingewiesen, damit die Terminplanung auch darauf abgestimmt werden kann. Für die Belagserneuerung ist der Kanton für die verkehrssicheren Zustände der Strassen zuständig. Also informiert eure Landräte – ich bin nicht mehr – sie sollen dort einen Vorstoss eingeben.

Hanna Kirchhofer, GLP/Grüne-Fraktion: Besten Dank für die Antwort und den Hinweis. Die zweite Frage, auch Strassenbelag: Es geht um die Baslerstrasse. Auch die haben wir bereits gehört, aber es betrifft einen anderen Abschnitt. Es ist der Strassenbelag auf der Baslerstrasse, Abschnitt Tramhaltestelle Binningerstrasse bis zum Dorfplatz, der ebenfalls in einem sehr schlechten Zustand ist. Auch noch einmal auf dem Velo, also die Fragen sind mir auch auf dem Velo in den Sinn gekommen, oder ich wurde von vielen Velofahrern gefragt: Wie sieht es aus, diese Fahrbahn ist meiner Meinung nach nicht mehr sicher befahrbar? Der Gemeinderat hat anlässlich des Geschäftsberichts 2024 informiert, dass dieser Belag oder dieser Belagsabschnitt im Zusammenhang mit der Dorfplatzumgestaltung oder Planung erneuert würde. Wir haben zuvor gehört, dass sich diese Planung rund um den Dorfplatz verzögern wird. Deshalb dazu einfach auch noch die Frage:

- > Wie sieht es mit den Belagsarbeiten aus oder dem Belag? Wird es auf der Baslerstrasse trotzdem gemacht oder was ist da der Stand der Dinge?

Tim Söllick, Präsident: Andreas Bammatter, bitte!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Auch zu dieser Frage kann ich dasselbe sagen wie zuvor: Kantonsstrasse. Wir wissen aber nach heutigem Stand, und Franz hat es zuvor auch erwähnt, wegen des Dorfplatzes, dass abgestimmt wird. Du hast auch gesagt, dass der Baubeginn im Frühjahr 29 ange-

strebt wird. Die notwendigen Reparaturen sind in der Verantwortung des kantonalen Tiefbauamts. Ich erinnere daran, wir hatten schon mehrmals auf der Baslerstrasse auch einen Hinweis, dass man sich beim Kanton melden soll. Bis jetzt ist eine Gesamtelagserneuerung noch nicht vorgesehen. Auch da bitte ich: Informiert eure Landräte, die sollen dazu einen Vorstoss machen, damit wir die Kantonsstrasse wieder so haben, dass wir, die wir mit dem Velo fahren, nicht gleich einen Unfall machen. Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Hanna Kirchhofer!

Hanna Kirchhofer, GLP/Grüne-Fraktion: Danke für die Ausführungen.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Dann kommen wir zur vorletzten Frage. Flavio Fehr, bitte!

Flavio Fehr, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe eine Frage zu den Massnahmen, zum Klimawandel. Der Klimawandel hat in den vergangenen drei Monaten deutlich gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Allschwil hatte im Sommer 2026 52 Hitzetage, also 30 °C oder mehr, verzeichnet, gegenüber 41 °C im Referenzsommer 2003. Eine Zunahme von über einem Viertel. Eine nie dagewesene Häufung von Tagen mit Höchsttemperaturen belastet zunehmend die Schulkinder, Arbeitnehmenden und älteren Menschen. Die Gemeinde hat eine Fürsorgepflicht gegenüber der Bevölkerung. Deshalb folgende Frage an den Gemeinderat:

- > Ist der Gemeinderat bereit, bis Ende Jahr ein erstes Grobkonzept vorzulegen, wie auf Hitzeperioden zeitgerecht reagiert werden kann, insbesondere in den Primarschulanlagen, an den Arbeitsplätzen der Gemeindeangestellten und in den Alters- und Pflegeheimen in Zusammenarbeit mit der Versorgungsregion?

Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Biljana Grasarevic, bitte!

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende. Ja, der Gemeinderat anerkennt, dass Hitzeperioden vorwiegend für Kinder, Mitarbeitende und ältere Menschen eine zunehmende Belastung darstellen. Deshalb sind wir bereit, bis Ende 26 eine erste, schlanke Auslegeordnung zur Hitzevorsorge zu erarbeiten. Für die Primarschulen soll überprüft werden, welche organisatorischen und baulichen Massnahmen bereits bestehen und wo man zusätzlichen Handlungsbedarf sieht. Als kurzfristige Grundlage hat man schon jetzt die vom Kanton erarbeiteten Verhaltenstipps während der Hitzeperioden angewandt. Die empfehlen z. B. frühes Lüften, Nachtauskühlung, Querlüftung und Reduktion von internen Wärmequellen. Beim Arbeitsplatz der Gemeinde haben wir heute bereits aufgrund des Personalrechts die Verpflichtung zum Gesundheitsschutz. Da sollten primär die bestehenden Massnahmen überprüft und auch für künftige Hitzeperioden möglichst einheitliche Vorgaben definiert werden. Für die Alters- und Pflegeheime ist die Versorgungsregion Allschwil-Binningen-Schönenbuch die zuständige Ebene. Allschwil ist darin vertreten, und der Gemeinderat wird sich auch dort zum Thema Hitzeschutz einbringen.

Ziel ist also für den Sommer 27, rechtzeitig konkrete und verhältnismässige Sofortmassnahmen festzulegen und gleichzeitig mittel- und längerfristigen Handlungsbedarf bei Gebäuden und Anlagen aufzuzeigen.

Tim Söllick, Präsident: Flavio Fehr!

Flavio Fehr, SP-Fraktion: Vielen Dank für die Antwort auf diese Frage. Ich finde es toll, dass sich der Gemeinderat dem annimmt. Der SP ist es wichtig, dass wir uns auch darauf verlassen können. Und vielleicht noch eine kleine Zusatzfrage: Ob wir es im Budget im Dezember auch erkennen können, dass diese Massnahmen oder Massnahmen geplant sind?

Tim Söllick, Präsident: Biljana Grasarevic, bitte!

Biljana Grasarevic, Gemeinderätin: Also ich ... – das mit dem Budget muss ich noch einmal genauer abklären. Aber das Ziel ist, dass wir für den Sommer konkrete Massnahmen haben oder umsetzen. Also, wie es geplant ist. Das mit dem Budget müsste ich noch abklären, ob es so vorgesehen ist.

Tim Söllick, Präsident: Okay, vielen Dank. Die letzte Frage kommt von Ueli Keller. Bitte schön!

Ueli Keller, parteilos: Geschätzte Anwesende. Meine erste Frage steht im Kontext der Abstimmung zum Referendum «Zentrumszone Gartenhof». Bekanntlich ist es so, dass im Hinblick auf Abstimmungen die Art der Frage für das Ergebnis sehr relevant ist oder ausgesprochen relevant sein kann.

- > Ich möchte den Gemeinderat deshalb bitten, uns mitzuteilen, mit welcher Fragestellung er das Referendum zu dieser Zentrumszone Gartenhof durchführen will, wenn es planerisch und politisch substanziell um die Tramwendeschlaufe geht, und der Einwohnerrat das Resultat als Indikator für die Akzeptanz dieser 8er-Tramverlängerung in der Bevölkerung sieht, was dann natürlich durch den Kanton gemacht werden muss.

Tim Söllick, Präsident: Franz Vogt!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Zur Abstimmungsfrage kann ich konkret noch nichts sagen, weil sie im Gemeinderat noch nicht beschlossen ist. Es wird sich aber um die Frage vom Einwohnerrat, der dem Behördenreferendum unterstellten Frage, handeln, von der Zonenzugehörigkeit der Zone A7 88. Du stellst noch einen zweiten Teil der Frage, dann mache ich nachher weiter.

Tim Söllick, Präsident: Ueli Keller, bitte noch einmal!

Ueli Keller, parteilos: Gut, das ist also noch nicht bekannt, diese Fragenstellung. Danke für diese Antwort. Die zweite Frage: Der Einwohnerrat hat dem Zonenplan Binnerstrasse unter der Prämisse zugestimmt, dass eine allfällige Ablehnung der 8er-Tramverlängerung, wovon wir es zuvor schon hatten, nicht ins Gewicht fallen würde – nicht ins Gewicht fallen würde. Das war eine Prämisse, unter der der Einwohnerrat dem Teilzonenplan Binnerstrasse zugestimmt hatte. Jetzt höre ich von Leuten aus der Bevölkerung und vom Gewerbe, dass sie das nicht glauben. Sie glauben nicht, dass es keine Rolle spielt, ob das Tram verlängert wird oder nicht. Nun möchte ich gerne vom Gemeinderat wissen, wie er dies sieht.

- > Wie beurteilt der Gemeinderat jetzt aktuell die Situation?
- > Und was bedeutet es für das Handeln des Gemeinderats in dieser Sache?

Tim Söllick, Präsident: Franz Vogt, bitte!

Franz Vogt, Gemeindepräsident: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Danke schön auch für diese Frage. Der Teilzonenplan Binnerstrasse und das kantonale Projekt der Verlängerung der Tramlinie 8 sind rechtlich eigenständige Planungen. Die Tramverlängerung ist deshalb keine rechtliche Voraussetzung für den Teilzonenplan. Der Einwohnerrat hat dies mit der Aufteilung in Teil A und mit dem separaten, dem Behördenreferendum unterstellten Teil B entsprechend berücksichtigt. Gleichzeitig ist die Tramverlängerung ein wichtiges Element der vorgesehenen Verkehrserschliessung des Entwicklungsgebietes. Wenn das Tram definitiv nicht realisiert werden sollte, müsste deshalb geprüft werden, wie mit der Gebietsentwicklung verbundenen, zusätzlichen Mobilität anderweitig verträglich umgegangen werden kann. Eine Ablehnung hätte keinen rechtlichen Einfluss auf die Rechtsgültigkeit des Teilzonenplans, wäre aber für die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte sehr wohl relevant. Das Behördenreferendum vom 29. November 2026 betrifft rechtlich die Zentrumszone Gartenhof auf der Parzelle A7 88, und nicht das kantonale Tramprojekt selbst. Der Gemeinderat wird das Abstimmungsergebnis jedoch als politisches Signal ernst nehmen und sein weiteres Vorgehen sowie in die Abstimmung mit dem Kanton einbeziehen.

Ueli Keller, parteilos: Danke für diese Antwort.

Tim Söllick, Präsident: Wunderbar, vielen Dank. Damit sind wir am Ende der Fragestunde. Ich bedanke mich recht herzlich für die Fragen und auch für die gute Beantwortung durch den Gemeinderat. Vielen Dank. – Wir machen mit der Traktandenliste weiter.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 8

Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 14.4.2026, betreffend
Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der
Gemeindeverwaltung Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4830 / A

Tim Söllick, Präsident: Als Erstes darf der Interpellant sprechen, danach Gemeinderätin Silvia Stucki.

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Ich würde das Wort gerne zuerst Silvia geben, wenn das okay ist?

Tim Söllick, Präsident: Gerne, Silvia Stucki dann!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Merci. Werter Präsident, lieber Christian, liebe Anwesende. Ich kann nur danke sagen für die Antwort und Sie sehen, sie liegt Ihnen schriftlich vor, und ich gehe davon aus, dass Sie sie gelesen haben. Zudem liegt Ihnen auch noch die Weisung zur Nutzung der generativen KI-Werkzeuge der Verwaltung vor. Diese zeigt somit auf, wie der Datenschutz geregelt ist. Ergänzend freut es mich, dass ich Ihnen heute berichten kann, dass zur Frage 9 die Verwaltung bereits eine KI-Strategie inzwischen ausgearbeitet hat und zur Beschlussfassung auf dem Weg in die Geschäftsleitung und anschliessend in den Gemeinderat ist. Besten Dank.

Tim Söllick, Präsident: Christian Jucker, bitte!

Christian Jucker, GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Danke, Silvia, für die Beantwortung. Ja, eines vorweg: Die KI bewegt sich derzeit in atemberaubendem Tempo und nimmt immer noch mehr Tempo auf. Die Gemeinde offensichtlich nicht. Leider zieht sich dieser Eindruck quer durch die ganze Beantwortung dieser Interpellation. Erstens mal zur Sorgfalt, wie man sie beantwortet hat. Es ist darin zweimal von «ChatGBT» die Rede. Dieses Tool gibt es so nicht. Ich glaube, wenn es jemand gelesen hätte, hätte er gemerkt, dass dies ein kleiner Lapsus, aber mehr oder weniger schon ein wenig sonderbar ist, wenn man etwas, was zum Wort des Jahrhunderts wird, nicht einmal korrekt schreiben kann. Grundsätzlich habe ich in der Beantwortung dieser Interpellation neun Schreibfehler gesehen. Das hätte ein KI-Werkzeug natürlich sofort erkannt.

Zweitens: Die beigelegte Weisung war schon damals nicht auf dem Stand der Technik. Die darin verwendeten Begriffe, die im 25 als Weisung gedruckt wurden, waren bereits im Jahr 2024 nicht mehr aktuell. Also schon da war es ein Jahr hinterher. Also wieder zu meinem ersten Statement kommt, dass das Tempo offensichtlich für die Gemeinde zu schnell ist.

Drittens: Die Weisung verschiebt die Verantwortung, wie wir auch schon an anderen Orten gesehen haben, auf die Mitarbeitenden ab. Sie hält fest, dass die Verantwortung selbst beim Fehlen von Werkzeugen bei den Mitarbeitern bleibt. Und Ziffer 7.2 verlangt, dass sie selbst beurteilen müssen, welche Daten wohin müssen. Gleichzeitig gibt es dazu aber mit Antwort 2 keinerlei technische oder organisatorische Massnahmen. Laut Antwort 6 sind Schulungen freiwillig und kaum genutzt, und eigene Tools hat die Gemeinde auch nicht. Die Mitarbeitenden sollen also jederzeit wissen, welche Daten in welches Tool dürfen, und dies ohne, dass die Daten klassifiziert sind, ohne Pflichtschulung und ohne Kontrolle. Ziffer 9 droht dann aber gleichzeitig mit dem Hammer, mit Abmahnung oder Kündigung. Diese Asymmetrie ist meiner Meinung nach nicht fair und hilft nur bei der Schuldfrage, aber nicht beim Datenschutz. Wenn der Gemeinderat in Antwort 5 schreibt, schon die blosse Existenz der Weisung, nicht in ihrer nachprüfbaren Einhaltung, stelle die Anforderungen des IDG-Basel-Landschaft sicher, ist das einfach nur überzogen. Hier liegt der eigentliche Haken. Gibt die Gemeinde keine brauchbaren Werkzeuge und hat keine Strategie dazu in die Hand, stimmen die Mitarbeitenden wie meistens in der IT mit den Füßen ab. Sie setzen Tools trotzdem ein, unkontrolliert und an jeder Weisung vorbei. Genau so entsteht diese Schatten-KI, nach der ich auch gefragt habe. Für diese Erkennung gibt es aber nur die Antwort 2: keine Massnahmen. Ein Verbot auf dem Papier ersetzt nun mal leider keine Lösung in der Praxis.

Viertens fällt ein Muster auf, welches ich nun immer wieder sehe, aber wenigstens habe ich da eine Antwort erhalten. Es gibt andere Orte, wo ich keine erhalte. Das Vergangene beschreibt man konkret, bei der Zukunft ist alles nur mit Floskeln wie «wird geprüft», «mittelfristig», «kein Termin», «kein Budget» oder «keine Zuständigkeit» beantwortet. Die in Frage 7 genannten Risiken, Halluzinationen,

algorithmische Diskriminierung, Nachvollziehbarkeit und Anbieterabhängigkeit, werden inhaltlich überhaupt nicht adressiert. Abwarten ist aber keine Lösung. Die Entwicklung läuft weiter und hält sich weder an die Geschwindigkeit der Gemeinde noch an die nächste Legislaturperiode.

Mein Fazit dazu: Die Pflicht der Gemeinde wäre, da schneller zu reagieren. Wie bereits erläutert: Die Technik wartet nicht auf das nächste Budget oder die nächste Legislaturperiode. Die Chance zu packen, statt sie zu prüfen, statt nur zu prüfen und zuzuschauen, die Gefahren konkret zu bannen und mit strikt benannten Zuständigkeiten, die Risiken auch einzugestehen: Wer keine Schatten-KI erkennen kann, soll es auch so benennen. Und vor allem: Ohne Schulung wird daraus nichts. Und ohne Klassifizierung und Schutz der Daten erst recht nicht. In diesem Sinn betrachte ich diese Interpellation als beantwortet. Offen bleibt aber die wichtigste Frage, wie es jetzt konkret weitergeht. Dies habe ich nun hier bei der Beantwortung geschrieben. Ich glaube, der gute Punkt, den Silvia erwähnte, ist: Zur letzten Frage, zur Strategie, scheint sich also etwas bewegt zu haben. D. h., da hätten wir vielleicht einen konkreten Anhaltspunkt, wie es nun weitergeht. Aber noch einmal: Die KI entwickelt sich exponentiell schnell, wie nur selten etwas auf dieser Welt. Wenn wir in dieser Geschwindigkeit weitermachen, verpassen wir es. Danke schön.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es weitere Meinungsäusserungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen**, und die **Interpellation** gilt als **erfüllt**. Vielen Dank.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Interpellation von Matthieu Dobler Paganoni, SP, vom 14.4.2026, betreffend
Häusliche Gewalt – Prävention, Früherkennung und Unterstützung in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4831 / A

Tim Söllick, Präsident: Als Erstes darf der Interpellant sprechen. Danach der Gemeinderat. Bitte!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Ich würde das Wort gerne zuerst Philippe Hofmann geben.

Tim Söllick, Präsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Dann machen wir das und kommen diesem Wunsch nach. Ihnen liegt das Geschäft 4831 vor, Interpellation in Sachen häusliche Gewalt – Prävention, Früherkennung. Der Interpellant stellt acht umfangreiche Fragen. Aufgrund der Tiefe dieser Fragen und der doch teilweise umfangreichen Antworten, verzichte ich auf eine vertiefte, mündliche, einzelne Beantwortung. Schliesslich liegt Ihnen allen auch die schriftliche Beantwortung vor. Hervorheben möchte ich nur, dass festzuhalten ist, dass die fachlichen, rechtlichen und auch die operativen Zuständigkeiten in diesem Bereich klar auf kantonaler Ebene liegen und entsprechend auch dort geregelt sind. Ebenso wichtig ist, dass sich die Rolle der Gemeinde auf eine unterstützende und vermittelnde Rolle beschränkt, vor allem auch, dass in den Beratungen der sozialen Dienste konsequent auf die bereits vorhandenen, bestehenden und vor allem einwandfrei ausgebauten, koordinierten Angebote im Kanton verwiesen wird. Insbesondere auf die *Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt IST*. Ich hoffe, dass der Interpellant mit diesen Antworten zufrieden ist, sodass dann auch dieses Geschäft beendet werden kann. Merci vielmals.

Tim Söllick, Präsident: Matthieu Dobler, bitte!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Vielen Dank erst einmal für die Antworten, die sehr ausführlich waren. Für mich sind zwei Punkte klar geworden. Erstens ist man sehr darauf bedacht, Zuständigkeiten in diesem Bereich beim Kanton anzusiedeln, und spezialisierte Beratungsinterventionsstrukturen primär auf kantonaler Ebene organisiert. Das ist für mich vollkommen nachvollziehbar klar. Das ist auch gut und richtig so. Es war aus meiner Sicht aber auch nicht die Hauptstossrichtung der Interpellation. D. h., ich habe ein wenig den Eindruck erhalten, dass man gewisse Dinge beantwortet hat, die so nicht von mir intendiert waren. Ich bin dankbar, dass wir im Kanton entsprechende Fachstellen haben. D. h., es ist mir in keiner Weise darum

gegangen, irgendwie ansatzweise Parallelstrukturen auf kommunaler Ebene anzustossen, sondern mich zu erkundigen, welche Verantwortungen, welcher Handlungsspielraum die Gemeinde bei Prävention, Früherkennung, Information und Vermittlung innerhalb dieser Strukturen hat. Weil ich schon überzeugt bin, dass die Antwort auch aufzeigte, dass die Gemeinde sehr wohl einen gewissen Handlungsspielraum und eine Rolle hat, wie sie genannt wurden: Schule, Tagesstrukturen. Soziale Dienste sind bekanntlich auch lokal jene Orte, wo Hinweise auf häusliche Gewalt sichtbar werden können.

Der Gemeinderat spricht selbst von einer unterstützenden, vermittelnden und vernetzenden Rolle der Gemeinde. Deswegen bin ich, ja, mit den Schlussfolgerungen vielleicht nicht ganz zufrieden, dass man sagt: Kanton ist zuständig, also gibt es kommunal praktisch wenig Handlungsbedarf. Es geht aus meiner Sicht nicht um entweder Kanton oder Gemeinde, sondern die Frage der Vermittlung, von der Zusammenarbeit mit den bestehenden, kantonalen Fachstellen wäre etwa, was man eben aktiv angehen kann oder weniger angehen kann. Ich glaube, das Thema ist hochaktuell. Es gab eben vor zwei Tagen einen Artikel, dass die Opferhilfe Basel in diesem Sommer einen deutlichen Anstieg, ungefähr 30 % mehr Meldungen von häuslicher Gewalt, hat. Ich glaube, zu zwei Punkten würde ich sagen, sind vielleicht inhaltlich etwas, finde ich, worüber man auch weiter nachdenken könnte. Das Erste ist die Sensibilisierung, was ich sehr begrüsse, dass sie mit den kantonalen Stellen gemacht wird, also die Sensibilisierung von Mitarbeitenden. Man könnte da vielleicht auch wieder diskutieren: Wie systematisch, wie oft geschieht es? Wie wird sichergestellt, dass die Meldewege aktiv bekannt sind? Da denke ich, kann man schon auch eine aktive Rolle in Zusammenarbeit mit kantonalen Stellen wahrnehmen. Vielleicht wird das auch schon optimal gemacht, vielleicht ist aber dort auch Verbesserungspotenzial vorhanden.

Verbesserungspotenzial, sagt der Gemeinderat selbst, gibt es aber bei der Sichtbarkeit bestehender Hilfsangebote sowie bei der Informationsvernetzung. Das begrüsse ich. Deshalb würde ich mir wünschen, dass man nicht nur da stehen bleibt: «Wie kann geprüft werden, wie man diese Sachen verbessern kann?», sondern dass man vielleicht konkret, pragmatisch und mit überschaubarem Aufwand schauen kann, wie man dort diesen Anteil der Sichtbarkeit von bestimmten Hilfsangeboten verbessern könnte. Insofern ist die Frage ... ja, meine Fragen wurden beantwortet. Vielleicht aber bleibt in gewisser Hinsicht auch offen, ob wir als Gemeinde innerhalb der Kompetenzen – die mir sehr bewusst sind, dass sie primär auf kantonomer Ebene liegen – trotzdem in der Zusammenarbeit mit diesen Stellen das Potenzial und den Handlungsspielraum ausschöpfen, damit häusliche Gewalt erkannt wird und Hilfe gefunden werden kann. Vielen Dank.

Tim Söllick, Präsident: Philippe Hofmann, bitte!

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Danke schön für diese Ausführungen dazu. Wenn etwas intendiert ist, aber nicht geschrieben ist, kann ich es auch nicht beantworten. Ich bin ganz einfach gestrickt. Was da steht, kann ich lesen, und ich erhalte eine Antwort. Zwischen den Zeilen gibt es nichts. Sola scriptura. Dann weiss ich es. Wenn etwas vergessen wurde, darf man sehr gerne nachfragen, was los ist. Aber ich muss mich noch einmal schnell wiederholen. Offensichtlich habe ich es nicht genügend gesagt: Wir verweisen in den sozialen Diensten konsequent auf die bereits vorhandenen, bestehenden, hervorragend ausgebauten und vernetzten Angebote beim Kanton. Was also ist daran nicht klar, an der Systematik, an der Sensibilisierung, an der Arbeit, die wir machen? Da kann ich nun nicht mehr dazu herauslesen, sondern das wird bereits auf diese Weise gelebt. Ich möchte dies denn schon gerne deponiert haben, dass wir uns nicht mehr oder weniger verstecken oder den Spielraum nicht ausloten oder weiss ich nicht was, sondern wirklich konsequent daran arbeiten und auch unserer Rolle und unserer Verantwortung bewusst sind. Das ist wichtig, dass dies hier transportiert wurde.

Tim Söllick, Präsident: Matthieu Dobler, bitte!

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Ich halte es für positiv, dass man es offensichtlich erkannt hat, dass man wahrnimmt. Ich möchte einfach darauf hinweisen, es ist im Bericht selbst, mit der Beantwortung durch den Gemeinderat selbst festzustellen, dass er bei der Sichtbarkeit von bestimmten Hilfsangeboten allenfalls Verbesserungspotenzial sieht. Das habe ich nicht erfunden, das steht im Bericht. Das nehme ich, denke ich, das begrüsse ich und nehme es auf und würde ermutigen, es zu machen. Ein konkretes Beispiel: Wenn man auf der Website das Stichwort *häusliche Gewalt* eintippt, findet man nichts oder praktisch nichts. Es wäre ein kleiner Beitrag, um beispielsweise die Sichtbarkeit zu erhöhen. Aber ich bin dankbar, dass diese Sensibilisierung offensichtlich stattfindet. Ich zweifle auch nicht daran, dass man das Thema ernst nehmen will. Insofern bin ich dankbar für das, was es

gibt. Und gleichzeitig begrüße ich auch, dass man das gewisse Verbesserungspotenzial eigens im Bericht anerkannt hat.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es andere Meinungsäusserungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen** und die **Interpellation** gilt als **erfüllt**. Vielen Dank.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 10

Interpellation von Matthieu Dobler Paganoni, SP, vom 17.5.2026, betreffend
Schutzkonzepte und Prävention in Allschwiler Kinderbetreuungsangeboten
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki, Geschäft 4844/ A

Tim Söllick, Präsident: Zuerst bitte der Interpellant und danach wieder die Gemeinderätin.

Matthieu Dobler Paganoni, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Vielen Dank für die Beantwortung dieser Interpellation. Insbesondere auch vielen Dank für die zusätzlichen Unterlagen, die mitversandt wurden. Ich habe es aufrichtig geschätzt, dass man auch, wenn es um Schutzkonzepte geht, ein Beispiel hat, das es bereits gibt, und das in diesem Sinn die Antworten ausgezeichnet ergänzte. Ich finde, die Antwort ist aus meiner Sicht positiv, sehr positiv. Sie zeigt, dass gewisse Abläufe, Prozesse, und Kontrollmechanismen bestehen. Dass es gerade bei gemeindeeigenen Tagesstrukturen, beim Mittagstisch und bei der Tagesfamilie Schulungen, Kontrollen, und Schutzmechanismen gibt. Ich finde es grundsätzlich mal sehr erfreulich, und es zeigt, dass das Thema ernst genommen wird.

Einziges Wermutstropfen aus meiner Sicht ist natürlich, dass bei privaten Kitas, die in die kommunale Zuständigkeit fallen, verständlicherweise der Gemeinderat nichts tun kann, und man da auch Stand heute, oder aus der Antwort zumindest nicht genau weiss, wie es in Bezug auf Schutzkonzepte von privaten Kitas aussieht. Das ist ein wenig eine Blackbox und ist in diesem Sinn schade, und ist etwas, was man sich kann ... ja, worüber ich mir Gedanken machen würde, wie man es allenfalls auch auf kantonaler Ebene weiterverfolgen könnte.

Ein Punkt, ein Gedanke, den ich hatte, um allenfalls, wenn man Dinge vielleicht weiterentwickeln kann, sind das Meldewege. Da gibt es, glaube ich, auch schon viele interne Ansprechstellen etc. Die Frage ist einfach: Könnte es sein, dass ein externer Weg allenfalls in gewissen Situationen hilfreich ist, insbesondere dann, wenn es eine vorgesetzte Person betrifft, oder wenn man etwas intern eben nicht ansprechen kann, aus welchen Gründen auch immer? Gibt es eine unabhängige, externe Meldestelle, die man in nächster Zeit angehen könnte oder so? Das wäre solch ein Gedanke, wie man allenfalls das Gute, das bereits besteht, noch stärken kann? Aber ich nehme es positiv zur Kenntnis, dass der Gemeinderat diese Strukturen als solid einschätzt und auch bereit ist, sie kontinuierlich weiterzuentwickeln. Wir wissen alle: Das eine ist das Papier, das andere ist, wie es gelebt wird. Ich habe einen sehr positiven Eindruck von dieser Antwort, was es gibt, und bedanke mich für die Antwort.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Werter Präsident, lieber Matthieu, liebe Anwesende. Vielen Dank. Es freut mich, dass der Interpellant dieses Mal zufrieden ist. Es wurde auch bereits alles erwähnt, also, dass auch uns dieses Thema entsprechend wichtig ist. Aus diesem Grund heraus, damit Sie die volle Transparenz haben, haben wir Ihnen auch die vielen Beilagen zugestellt. Selbstverständlich nehmen wir mit, dass wir immer wieder auf die Schnittstellenproblematik ein waches Auge haben müssen. Ich nehme auch sehr gerne den Hinweis auf die privaten Kitas mit. Merci.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Tatjana Despotovic, bitte! – Bitte das Mikrofon einschalten!

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Präsident. Ich halte es für ausgezeichnet, was ausgeführt ist. Die Frage meinerseits ist: Wie steht es mit der Entbindung der ärztlichen Schweigepflicht bei den Personen, die schon in Kitas jeglicher Art gearbeitet haben und als

solche behandelt wurden? Haben Sie die Möglichkeit, diese Informationen zu bekommen, damit wir unsere Kinder schützen und es nicht zu wiederholten Taten kommt.

Tim Söllick, Präsident: Silvia Stucki!

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Vielen Dank für diese Nachfrage. Ich nehme sie sehr gerne mit. Und, ja, schaue, überprüfe, ob ich diese Informationen weitergeben kann, wie gefragt wurde. Vielen Dank.

Tatjana Despotovic, FDP-Fraktion: Danke.

Tim Söllick, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Vielen Dank. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen** und die **Interpellation** gilt als **erfüllt**.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 11

Interpellation von Nicole Morellini, Grüne, vom 18.5.2026, betreffend
Beschattung Sportplatz im Brüel

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4846 / A

Tim Söllick, Präsident: Als erstes darf die Interpellantin sprechen, dann der Gemeinderat. Bitte schön!

Nicole Morellini, GLP/Grüne-Fraktion: Vielen Dank. Ich würde gerne das Wort gerade Christoph Morat übergeben.

Tim Söllick, Präsident: Okay, Christoph Morat, bitte!

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, liebe Nicole. Danke vielmals. Ich kann gar nicht viel mehr dazu sagen, als wir schriftlich in der Interpellationsantwort gesagt haben. Es gibt gewisse Vorschriften, die einfach einen Sicherheitsauslauf auf der Seitenlinie gewährleisten müssen. Spasseshalber haben wir uns natürlich schon gefragt, sollen wir nun Bäume im 16er-Raum oder im Mittelkreisanstoss pflanzen, oder was ist die Vorstellung davon? Wir kamen dann doch zu einer ernsthafteren Thematik. Dieser Sommer hat nicht nur den Sporttreibenden, sondern auch dem Gemeinderat aufgezeigt, dass der Klimawandel präsent ist, mit all seinen Nachteilen eines schönen, warmen Sommers. Wir nehmen dies durchaus ernst und prüfen, wie zuvor erwähnt, ob es an einem anderen Ort auf dieser Parzelle im Brüel Ecken gibt, wo man tatsächlich auch noch irgendwelche Beschattungen anbringen kann, wo man sich in den Pausen oder nach Spielende aufhalten kann, sodass man nicht die ganze Zeit dort ist.

Im Spielfeld selbst wird es schwierig, es sei denn, wir machen irgendeinen solchen Super-Dom, wie man ihn an der Weltmeisterschaft in gewissen Stadien in den Vereinigten Staaten bewundern konnte. Die machen das Dach dann einfach zu und blasen kalte Luft rein. Ich weiss aber nicht, ob dies das adäquate Mittel ist. Die ganze Welt muss irgendwie damit umgehen können. Somit ist es ein wichtiger Punkt, den wir auch in der Antwort geschrieben haben: Es bedarf eben auch organisatorischer Mittel. Die Verantwortlichen der Vereine müssen vielleicht auch schauen, wie sie dem Klimawandel begegnen und wie Massnahmen organisatorischer Art aussehen könnten. Dass man z. B. am Nachmittag, wenn es am heissesten ist zwischen vier und fünf Uhr, dann halt keine Trainings abhält.

Es ist auch noch die Frage von Kunstrasenfeldern aufgetaucht. Kunstrasenfelder haben ganz entscheidende Vorteile, wenn es um die Benutzbarkeit geht. Sie haben aber auch, wie du richtig in der Frage bemerkt hast, leider die Eigenschaft, dass sie sich aufheizen. Ich weiss nicht, ob jemand weiss, wie es mit dem Kunstrasenfeld genau funktioniert. Eigentlich ist es eine geteerte Fläche, auf die dann einfach nichts anderes als ein guter Rasenteppich verlegt wird. Also, es muss topfeben sein, und auf diesem Rasen wird dann gespielt. Dementsprechend wird es natürlich auch im Sommer, wenn es so heiss ist, entsprechend aufgeheizt. Dies sind Tatsachen, die man in Kauf nehmen muss, wenn man von solchen Kunstrasenfeldern Gebrauch machen möchte. Insofern möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Wir können das machen, was wir in der Interpellationsantwort beschrieben haben, aber für viel mehr wird es dann schnell einmal kostenintensiv.

Tim Söllick, Präsident: Nicole Morellini, bitte!

Nicole Morellini, GLP/Grüne-Fraktion: Danke, Christoph, für die Ausführungen. Nicht ganz zufriedenstellend, natürlich. Ja, ich verstehe, die Überdachung war nie gedacht oder überhaupt mit einem Segel über das ganze Spielfeld, davon bin ich keinesfalls ausgegangen. Es geht mir wirklich darum, dass, wenn man mal bei einem Match oder bei einem Training von einer Mannschaft ist, man einfach merkt, wenn man zwei Stunden dort am Spielrand steht, wie heiss es ist. Es ist nicht nur dann, wenn es draussen 40 °C sind, sondern es reichen eigentlich 25 °C und darüber. Das ist eine Tatsache. Mein Wunsch wäre eigentlich gewesen, dass man temporäre, mobile Massnahmen vornimmt, insbesondere bei den Spielerhäuschen, die dort vorhanden sind, oder bei den Sitzelementen an den Spielrändern. Ich finde, es ist ein wenig zu einfach gesagt, die Vereine, die Schulen und die Firmen sollen Hitze-schutzkonzepte haben, selbstverständlich, aber es ist auch eine Tatsache, dass halt insbesondere Kinder am Nachmittag spielen müssen. Letztlich geht es ja um die Volksgesundheit, dass sie ihren Sport ausüben können. Wir haben bereits zu wenig Plätze, überhaupt für alle Kinder, die gerne Fussball spielen würden. Ich würde mich freuen, wenn ihr trotzdem noch einmal überlegen würdet, was für nächstes Jahr mit einer kleinen Investition, nicht mit riesengrossen Summen, möglich ist. Ja, das würde mich freuen. Danke schön vielmals.

Tim Söllick, Präsident: Vielen Dank. Gibt es sonst noch Wortmeldungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist das **Geschäft abgeschlossen** und die **Interpellation** ist **erfüllt**.

Jetzt ist es kurz vor 9 Uhr. Ich würde vorschlagen, wir machen noch eine Interpellationsantwort und dann schauen wir mal.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 12

Interpellation von Nicole Morellini, Grüne, vom 18.5.2026, betreffend
Begegnungszonen in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter, Geschäft 4847 / A

Tim Söllick, Präsident: Die Rednerreihenfolge ist: die Interpellantin, dann der Gemeinderat. Bitte, Nicole Morellini!

Nicole Morellini, GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dann machen wir es kurz. Ich danke dem Gemeinderat für diese ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die grundsätzlich positive Rückmeldung freut mich natürlich. Dass der Gemeinderat insbesondere beabsichtigt, ein kommunales Konzept für die Begegnungszonen zu erarbeiten. Mir ist nicht vollkommen klar, über welchen Zeitraum wir sprechen, also, wenn der Gemeinderat schreibt, dass er zuerst eine flächendeckende Umsetzung von Tempo 30 abschliessen und dann die Auswirkungen für Tempo 30 in der Praxis auswerten möchte, und sich danach an die Ausarbeitung dieses kommunalen Konzepts macht. Ich wäre froh, wenn ich kurz eine Rückmeldung zur zeitlichen Einschätzung erhalten könnte. Sprechen wir von zwei Jahren, von fünf Jahren, von zehn Jahren? Denn man darf auch nicht unterschätzen, dass man, selbst wenn man mal dieses Konzept hat, noch lange keine Begegnungszonen hat, denn dies dauert weitere zwei Jahre. Die andere Frage wäre, eigentlich gleich parallel: Wäre es nicht möglich, wenn man jetzt schon ein Konzept erstellen würde, damit man es hätte, wenn die Umsetzung der Tempo-30-Zone erfolgt ist, und man dann eigentlich zügig vorwärts arbeiten könnte? Danke vielmals.

Tim Söllick, Präsident: Andreas Bammatter, bitte schön!

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Es freut mich natürlich, dass diese Antwort wohlwollend aufgenommen wird. Man kann dazu sagen: Grundsätzlich ist der Gemeinderat der Meinung, jawohl, man muss in diese Richtung gehen. Es gibt aber wirklich zwei wichtige Dinge, die dabei hineinspielen. Das eine ist: Wenn wir Begegnungszonen machen, haben sie Auswirkungen auf die Nachbarstrassen. Je nachdem gibt es einen Umleitungsverkehr. Deshalb hat der Gemeinderat auch gesagt: Schauen wir mal, was bei Tempo 30 geschieht. Wir müssen auch da schauen, wie man von einer Kantonsstrasse auf eine Nebenstrasse kommt, wie man dann gleich von der Kantonsstrasse in eine Begegnungszone kommt, wie dies technisch machbar ist. Und das Zweite, was auch notwendig ist: Wir haben bereits

Begegnungszonen. Wir haben Begegnungszonen, die entsprechend auch die Anwohner und Anwohnerinnen sich positiv geäussert haben. Aber wir haben auch schon Rückmeldungen erhalten, wegen derer wir vorbeigehen mussten, weil die Personen, die jetzt dort wohnen, nicht ganz einverstanden sind, wie es gelöst wurde. Stichwort Bänkli am falschen Ort etc. Man muss auch immer schauen, dass man es zusammen mit der Bevölkerung macht, wie es diesbezüglich aber jetzt schon einen Vorstoss gibt.

Die Idee ist, Tempo 30, danach in einem zweiten Schritt zu schauen, wie die Auswirkungen sind. Da wir bereits Begegnungszonen haben, ist die Umsetzung des Ganzen nicht so eine riesige Sache, und man kann es auch bedarfsgerecht machen. Ich hoffe, ich muss jetzt nicht einen Zeitfahrplan angeben, denn das kann ich heute Abend nicht. Aber ich denke, da wir Begegnungszonen haben, und Tempo 30 jetzt dann in der Umsetzung ist, werden wir auch gelegentlich darüber hören. Sonst besprechen wir es noch einmal miteinander. Ist das gut so?

Tim Söllick, Präsident: Nicole Morellini, bitte!

Nicole Morellini, GLP/Grüne-Fraktion: Danke vielmals.

Tim Söllick, Präsident: Gibt es andere Wortmeldungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist auch dieses **Geschäft abgeschlossen**. Vielen Dank.

Ich würde sagen, wir schliessen die Sitzung für heute Abend. Ich bedanke mich für die guten Diskussionen. Wir sehen uns nächsten Monat wieder. Vielen Dank.

ENDE DER SITZUNG 21.10 Uhr
